

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,50 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.  
 Preisverleger: Rudolf I., Nr. 1608.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 23. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Die preussischen Landtagswahlen.

In den nächsten Wochen wird das Gros der Parteigenossen Preussens auf den Kreis-Konferenzen Stellung zur Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen nehmen. In Berlin geschieht dies bereits heute, in einer gemeinsamen Versammlung der Parteigenossen aller vier Landtags-Wahlbezirke.

Seit nahezu einem Jahre ist in der Parteipresse der Hamburger Beschluß erörtert und mehr oder weniger scharf angegriffen worden. Noch nie haben über einen Parteitag-Beschluß so viel abweichende Meinungen sich gegenübergestellt, als über den, der die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen entschied. Wir bedauern, daß selbst noch heute über die Ausführung des Hamburger Beschlusses keine volle Uebereinstimmung erreicht ist. Wir selbst, die Redaktion des „Vorwärts“, stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der Hamburger Beschluß in Verbindung mit der vom Parteitage gebilligten Interpretation Singer's den Weg klar vorgezeichnet hat. Wir können die Art und Weise, wie man in einzelnen Kreisen die Beteiligung im Gegensatz zum Hamburger Beschlusse vollziehen will, nicht billigen, wenn wir es auch für unsere publizistische Pflicht halten, abweichenden Ansichten und Beschlüssen den Raum im „Vorwärts“ nicht zu verweigern. Wir hoffen aber im Interesse der Partei, daß die Diskussion über den Hamburger Beschluß bald ihr Ende erreicht, und daß man die Parteigenossen, anstatt bei unfruchtbareren Wortgefechten, bald überall an der Arbeit sehen wird.

Die Schale neigt sich schon jetzt zu Gunsten des Hamburger Beschlusses, nicht nur betreffs der Beteiligung überhaupt, sondern auch hinsichtlich der Art und Weise, wie man sich beteiligen soll. Besonders deutlich ist dies an dem Verhalten der Parteigenossen **Breslau's** zu sehen.

Im vorigen Jahre hatte dort eine Parteiverammlung mit großer Mehrheit eine Resolution gefaßt, worin man sich mit dem Hamburger Beschlusse nicht einverstanden erklärte.

„Der, insofern, als er Bündnisse mit anderen Parteien unbedingt verbiete und die Stimmabgabe für freisinnige Wahlmänner in jenen Wahlkreisen unterlasse, wo unsere Partei sich nicht selbstständig beteiligen kann, insofern und praktisch undurchführbar sei“.

Seitdem hat man sich die Sache reiflicher überlegt. Vor hierzehn Tagen beschloß die Sozialdemokratie Breslau's die selbständige Wahlbeteiligung, nachdem Bruhns ausgeführt hatte, daß „die Hindernisse groß, aber nicht unüberwindlich sind“.

Selbst in **Diesfeld**, wo man den Hamburger Beschluß und die von ihm nicht zu trennende Singer'sche Interpretation am hartnäckigsten bekämpft, wird praktisch doch in seinem Sinne verfahren werden, indem man überall da, wo es möglich ist, eigene Wahlmänner aufstellen will.

Am letzten Sonntag hat nun die Sozialdemokratie des Kreises **Brandenburg-Westhavelland** ebenfalls die Wahlbeteiligung beschlossen und der Aufstellung eigener Wahlmänner den Vorzug gegeben; nur da, wo dies nicht möglich ist, sollen die freisinnigen Wahlmänner unterstützt werden.

Ferner beschloß der von 38 Delegierten aus 31 Orten besuchte Parteitag für den **Saalkreis** die Beteiligung, und zwar unter der Bedingung, daß eigene sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden.

Voransichtlich wird die Beteiligung durch eigene Wahlmänner auch in **Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M.** und anderen Zentren der Arbeiterbewegung beschlossen werden.

Bis jetzt hat man in den nachstehend genannten Kreisen keine Entscheidung über die Beteiligung an den Landtagswahlen getroffen:

**Breslau, Erfurt (Stadt und Land), Schleusingen, Frankfurt, Lebus, Saalkreis:** Beteiligung durch eigene Wahlmänner.

**Brandenburg-Westhavelland, Diesfeld:** eigene Wahlmänner; nur wo dies nicht möglich, Eintreten im ersten Wahlgang für den Freisinn.

**Eiberfeld und Einbeck-Northheim (Hannover):** Beteiligung empfohlen, Art und Weise noch nicht bestimmt.  
**Solingen, Königsberg i. N., Ost- und West-Sternberg:** Nichtbeteiligung.

Auch in den letztgenannten drei Kreisen ist man sich der Wichtigkeit der Beteiligung an den Landtagswahlen bewußt; wenn dennoch die Nichtbeteiligung vorgezogen wird, so nur aus dem Grunde, weil man sich zur Zeit von der Beteiligung absolut keinen Nutzen verspricht.

Im märkischen Kreise **Ruppin-Templin** hat aber die achtungswürdige Absicht, die Macht des reaktionären Junkertums zu brechen, zum Betreten eines nach dem Hamburger Beschlusse völlig unzulässigen Weges geführt. Dort wurde den Genossen empfohlen,

„da eine Verdrängung des konservativen Kandidaten gänzlich ausbleiben wird und eine Aufstellung von eigenen Wahlmännern kaum möglich sein wird, für den Freisinn einzutreten“.

Wenn die Position der Konservativen im Kreise **Ruppin-Templin** wirklich als uneinnehmbar betrachtet werden kann, dann hätte die Konferenz einfach Wahlenthaltung beschließen sollen, wie andere Kreise in gleicher Lage es gethan haben und wie es die Hamburger Beschlüsse verlangen.

### Der Parteitag und die Landtagswahlen.

Der Hamburger Parteitag hat über die Frage der Landtagswahl-Beteiligung zwei Beschlüsse gefaßt.

Der erste betraf die Aufhebung des in Köln ausgesprochenen Zwanges, sich an den preussischen Landtagswahlen nicht zu beteiligen. Mit großer Majorität — 100 gegen 50 Stimmen — wurde dieser Zwang aufgehoben. Auch unter den 50 dissentirenden Stimmen befanden sich manche, die gegen die Aufhebung des in Köln zwischen Thür und Angel gefaßten Beschlusses nichts einzuwenden hatten, aber befürchteten, daß sie mit Zustimmung zu der Aufhebung dem nach der entgegengeleiteten Richtung gewünschten Zwange einer Beteiligung den Eintritt erleichtern könnten. Der Beschluß entsprach hauptsächlich der Auffassung der Gesamtpartei. Nirgend ist in erheblicher Weise gegen diesen Beschluß opponiert. Es besteht die Partei nicht aus willkürlichen Dratgruppen, die lediglich auf Befehl in Bewegung treten. Die Partei bildet einen lebenskräftigen Organismus, dessen einzelnen Gliedern Bewegungsfreiheit eingeräumt werden muß und stets eingeräumt ist. Freilich darf diese Bewegungsfreiheit nicht zur Fäulnislosigkeit ausarten. Die Partei bildet ein Ganzes, aber kein lediglich mechanisches Ganzes, sondern ein von demselben Ziel, von denselben Absichten befehltes, lebendiges Ganzes. Der Parteitag bildet die oberste Instanz in allen Partei-Angelegenheiten. Seine Macht beruht aber nicht auf der formalen Oberbefehlshaber-Schaft, die blinden Gehorsam in allen Dingen der formellen Stellung halber zu heischen berechtigt ist. Die Machtstellung des Parteitages beruht vielmehr darauf, daß auf ihm die verschiedenen Auffassungen der Einzelnen, die Lebensinteressen der einzelnen Teile mit dem Lebensinteresse der Gesamtpartei abgezwungen und aus diesen Auffassungen und Lebensinteressen heraus das der Gesamtpartei und ihren Gliedern gemeinsam Förderliche gefaßt wurde. Die Disziplin der Partei beruht auf der Gemeinsamkeit ihres Zieles, auf dem Bewußtsein aller ihrer Glieder von dieser Gemeinsamkeit und auf der Notwendigkeit, zur Erreichung dieses Zieles die einzelnen Glieder dem gemeinsamen Ganzen unterzuordnen. Das geistige, zusammenschließende Band, nicht ein nur mechanisch zusammenfügendes schließt und sichert die Einheit der Partei. Die sozialdemokratische Armee will nicht kommandiert, sondern geleitet sein. Wandern militärischen Befehlshaber ist Begeisterung der einzelnen Bestandteile seiner Kriegsmaschine für sein Ziel überflüssiger, wenn nicht schädlicher Vorkauf: blinder Gehorsam, mechanische Bindung gleichsam lebloser Körper bildet das Fundament seiner Maschine, die auch auf Väter und Mütter ihrer Diener soll gerichtet werden können. Ungelehrt bei der sozialdemokratischen Armee, die nicht Kadavergehoram ihrer Glieder, sondern nur freiwilliges, auf der gemeinsamen Ueberzeugung beruhendes Mitarbeiten kennt; kein Kommandieren, sondern gemeinsames Regieren. Gemeinsames Regieren aller, nicht schablonenhaftes Reglementieren Einzelner. Regieren nicht des Regierens halber, sondern zwecks Beschleunigung des Sieges der Arbeit über das Kapital, der Kultur über die Ausbeutung. Der lebendige Organismus der Partei und eine Partei, die aus lebenskräftigen Organismen besteht, fordert, daß nur da gemeinsam bindende Beschlüsse gefaßt werden, wo es das gemeinsame Ziel erfordert. Die Partei hat kein Interesse daran, einem Parteigenossen zu verbieten, etwa zu thun, was der Partei nicht schädlich ist, oder ihm etwas zu gebieten, von dessen Nutzen für die Partei nicht die überzeugende Mehrheit überzeugt ist. Werthvoller als Beschlüsse ist häufig ein Ausprechen über dieselben, und das um so mehr, je bewußter eine Partei die Eigenschaften der Sache abgelegt hat. Das gilt nicht minder von Sachen, die mit dem Parteiziel nichts zu thun haben, wie Naturheilmethoden, Anfranzung und dergleichen, wie von tatsächlichen Dingen, sobald die Bedingungen für die Zulassung verschiedenartig liegen. Wird der Grundtag verlegt, nur über das Beschlüsse zu fassen, was gemeinschaftlich geregelt werden muß, und in tatsächlichen Fragen nur soweit bindende Beschlüsse zu fassen, als gleiche Voraussetzungen vorhanden sind, so wird der Boden für Zwistigkeiten geebnet. Selbstgenügsamkeit der einzelnen Kreise und den einzelnen Mitgliedern der Partei, soweit dies im Interesse der Gesamtpartei möglich ist, gewähren, fordert die Toleranz der Partei. Der Kölner Beschluß verstieß hiergegen. Und kaum je hat es eine Frage gegeben, die mit mehr Uneinigkeit die Herzen und Adern des sozialdemokratischen Organismus bis in die Fingerspitzen hinein durchströmt hat, als die Landtagswahl-Beteiligungsfrage, nachdem schematische Reglementierung jenes Kölner allgemeine Verbot diktiert hatte. Die Schablonenmäßigkeit des Bureaucratismus, Militarismus, Despotismus bekämpfen und verdammen wir. Dieses Schablonieren wirkt nicht minder schädlich auf dem Gebiete unserer Parteibewegung. Einheit, wo Einheit im Interesse der Partei notwendig ist, sonst Freiheit: Freiheit den Einzelnen, Freiheit den einzelnen Kreisen.

Wo zu alle diese Betrachtungen?

Sie erscheinen mir notwendig, um vor Versuchen abermaliger Schematisierungen zu warnen. Auf dem Hamburger Parteitag wurde der Versuch unternommen, an stelle des schablonenhaften Verbots einer Beteiligung an den Landtagswahlen ein gleich schablonenhaftes Gebot der Beteiligung zu setzen. Ob dieser Versuch abgelehnt ist oder nicht, darüber geben die Ansichten seit Verkündung des Abstimmungsergebnisses weit auseinander. Das zeigen noch mehr als die Preßstimmen — auch eine Preßstimme ist nur die Stimme eines Genossen — die Versprechungen innerhalb der Parteikreise. Die scholastischen Auslegungsversuche der Worte und Buchstaben des Beschlusses erscheinen mir müßig. Der Beschluß besteht aus drei Sätzen, deren jeder mit sehr verschiedener Mehrheit bei großer Differenz der Zustimmenden in den Gründen der Zustimmung gefaßt ist. Solche Auslegungsversuche sind — mit verschiedenen Resultaten — in recht scharfsinniger Weise insbesondere auch von der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und im „Vorwärts“ unternommen. Sie scheinen mir unfruchtbar und mindestens für die Gesamtpartei überflüssig. Denn der zweite Satz der Resolution dürfte zweifellos die Entscheidung über die Frage, inwieweit (und damit auch ob) eine Beteiligung möglich ist, den einzelnen Kreisen überwiesen haben. Der Beschluß lautet wörtlich:

Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. In wie weit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Kreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen

Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“

Die Richtschnur für die Entscheidung, inwieweit in einem Einzelfalle eine Beteiligung an der Wahl stattfinden solle, bildet der in dem Hallenser Beschluß im Jahre 1890 und später wiederholte Parteitag-Beschluß, der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, und seien die Verhältnisse auch nur propagandistischer Art, in die Wahl- agitation einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder die Gemeindevertretungen.“ (Seite 268—270 des Protokolls.) Je nach Ausfall der Prüfung aller in betracht kommenden Faktoren — dazu gehört auch die Frage, ob unser Eintreten, einem Irrationalen zum Siege verhilft — ist die Frage: „Ist Aussicht auf Erfolg, wenn auch nur propagandistischer Art, aus der Wahlbeteiligung für die Partei zu erwarten?“ von Fall zu Fall, z. B. bei Gemeindevahlen, von den Genossen bisher beantwortet. Der Hallenser Beschluß ist nicht aufgehoben. Warum soll er nicht auch für die Landtagswahl-Beteiligungsfrage gelten?

Wie zutreffend es war, den Kreisen die Entscheidung zu überlassen, dafür eine Bemerkung über ein öfters erwähntes Beispiel. Lebhaft Anhänger einer Wahlbeteiligungsfrage haben den Kreis Nieder-Barnim als einen solchen hervorgehoben, in dem die Beteiligung von sozialdemokratischer Seite das bisherige Bild erheblich ändern würde. Nieder-Barnim bildet mit Ober-Barnim zusammen einen Landtags-Wahlbezirk. Wie stellt sich das Verhältnis der Parteien bei der Reichstagswahl 1893? Es stimmten in

	sozialdemokratisch	frei.	konf.	Antf.
Oberbarnim	4 254	4 209	6 853	
Niederbarnim	17 044	8 726	11 095	2 748

Bestehende Ziffern für die Macht der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen — wenn man das Wahlsystem und die wirtschaftliche Abhängigkeit der Wähler außer Acht läßt. Es sind das doch aber Faktoren, die nicht unberücksichtigt bleiben können, sondern in erster Linie in betracht kommen. Die Landtags-Wahlstatistik ergibt folgendes Bild. Es waren 1893 als Urwähler wahlberechtigt in

	I. Klasse	II. Klasse	III. Klasse
Oberbarnim	498 I. Klasse	1 597 II. Klasse	16 066 III. Klasse
Niederbarnim	1 440 I. „	4 643 II. „	38 520 III. „

Es wurden von den Urwählern gültige Stimmen abgegeben in der

	I. Abth.		II. Abth.		III. Abth.	
	Konf.	Frei.	Konf.	Frei.	Konf.	Frei.
Oberbarnim	397	65	875	232	4 363	1 600
Niederbarnim	1 011	208	2 062	688	5 991	1 713

Nirgend hatten die Konservativen in der I. Abtheilung die absolute Majorität der Wahlberechtigten, in der II. Abtheilung trotz einer Wahlbeteiligung von nur 47 pCt. fast die absolute Mehrheit der Wahlberechtigten. In der III. Abtheilung wäre es wohl möglich, trotzdem viele Beamten und staatliche Arbeiter konservativ wählen würden, sozialdemokratischerseits die Mehrheit zu erlangen, wenn es gelang, irgend einen Erfolg für die mit der Wahl verbundenen Aufwendungen an Zeit heranzuziehen. Das ist aber schlechterdings zur Zeit unmöglich. Denn zunächst würden unsere Stimmen in der I. und II. Abtheilung gänzlich bedeutungslos an Zahl sein. Selbst die Vorkamerabestitzer, welche sozialdemokratisch gesinnt sind, sind wirtschaftlich von den Großbesitzern, der ihnen Hypotheken geliehen hat, abhängig. Es würden sicherlich nur wenige der überhaupt an Zahl geringen Sozialdemokraten, denen ihre Vermögenslage das Wahlrecht in der II. und I. Abtheilung verleiht, an der Wahl theilnehmen. Der Freisinn mag vielleicht in Ober-Barnim eine wesentlich höhere Beteiligung in der II. Klasse erzielen können. Aber auch die stärkere Beteiligung würde ihm die Mehrheit in dieser Klasse nicht verschaffen. Es kommt noch hinzu, daß thatsächlich bereits 1893 eine Anzahl Sozialdemokraten in freisinnigem Sinne ihr Landtags-Wahlrecht ausgeübt haben. Darüber, ob es angemessen ist, unter solchen Umständen sich democh an der Wahl zu beteiligen, ob aus einer Beteiligung nicht dennoch ein Erfolg, vielleicht propagandistischer Natur, zu erwarten sei, können allein die Kreisgenossen, denen der Kreis und seine Einwohner bekannt sind, entscheiden. Allein die Kreisgenossen haben meines Erachtens auch ein kompetentes Urtheil darüber, ob eine Wahlbeteiligung des Kreises als Theil des Parteikörpers (nicht seitens einzelner im Kreise) bei der Verschiedenheit der Anschauung über die Landtags-Wahlfrage Zwistigkeiten zur Folge haben könnte, die der ohne Rücksicht auf Wahlerfolge zu betreibenden Festigung und Reingewinnung von Sozialdemokraten im Wege stehen könnte, oder ob etwa aus irgend welchen Gründen eine „Wahl zur Probe“ angemessen sei. Auch darüber, ob eventuell durch den Luftzug unserer Landtags-Agitation die Segel des freisinnigen oder ultramontanen Gegners zu schwellen, aus Rücksicht auf den Kampf gegen das Junkertum, sich lohnt oder ob der Kahn der bürgerlichen Kandidaten bereits so tief im Schlamm der Gefinnungslosigkeit steck, daß es für ihn nur noch ein Rückwärts, kein Vorwärts giebt, können wiederum am besten die Genossen der einzelnen Kreise, denen die bürgerlichen Kandidaten bekannt sind, urtheilen.

Eine eingehende Untersuchung der sozialen und politischen Struktur der Kreise dürfte in allen Kreisen vor der Entscheidung, die nach dem Hamburger Beschluß von den Kreisen zu fassen ist, vorzunehmen sein. Darum erscheint es mir auch richtig, daß allein die Kreise über das Ob und Wie einer Beteiligung entscheiden. Das drückt auch der Hamburger Parteitag-Beschluß aus, der doch nicht ohne Zusammenhang mit dem früheren, insbesondere dem Hallenser Beschluß steht.

Sollte die Landtagswahlfrage abermals, was ich für höchst unbefriedigend halte, auf dem Parteitag angeschnitten werden, so dürfte sich der Beschluß empfehlen, den oben zitierten Hamburger Beschluß aufzuheben. Dann hat ein jeder einzelne und ein jeder Kreis zweifellos die Freiheit, die er vor 1893 hatte, ohne daß der Partei ein Schaden geschieht. Tatsächliche Beschlüsse, deren einzelne Theile gegen große Widerheiten gefaßt werden, müssen Umeingeleitete herbeirufen, wie sie auch der Hamburger Beschluß gezeitigt hat — Uneinigkeiten, die auch dem überzeugtesten Anhänger der Nothwendigkeit einer Wahlbeteiligung als ein größeres Uebel erscheinen müssen, als die Nichtbeteiligung.

Arthur Stadthagen.

# „Vor den Landtagswahlen“.

In der letzten Nummer der „Nation“ bringt H. Preuß die Ausführungen zum Abschluß, von denen wir in unserer Nummer 100 bereits berichtet haben. Er bemerkt, daß die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Gegner des ostelbischen Feudalismus wohl anerkannt werde, daß aber alle möglichen technischen Rücksichten und Praktikabilitäten einen starken Vorstoß lähmen. Er weist den Redaktionsmitgliedern des „Nationalen“ die Wahlmänner und jede feine ausgedehnte Taktik vor sich. „Die größte Einfachheit ist hier die größte Kunst; das Klare, von Nebenrücksichten weder geachtet noch geleitete Aussprechen der wenigen großen Gesichtspunkte, auf denen die inhaltlich vorhandene, aber zum allgemeinen Bewußtsein und damit zu energischer Betätigung zu bringende Interessengemeinschaft beruht.“ Er ermahnt, daß selbst die junge nationalliberale Partei in ihrer ersten programmatischen Kundgebung als wichtigste und dringendste Forderung aufstelle: „Die Entfremdung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen und die Reform derselben nach den Grundfragen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung; die Aufhebung der gutsherrlichen Ortsobrigkeit und gutsherrlichen Polizei.“ Durch die bisherige Verwaltungsreform von der Kreisordnung bis zur Landgemeinde-Ordnung ist dieses Ziel aber nicht erreicht.

„Ein eiterndes Geschwür, Schmerz erzeugend und Kraft zerstörend, sitzt das selbständige Rittergut im Fleische der Landgemeinden. . . Da bestehen noch „Gerechtigkeiten“, in denen der moderne Mensch nur einen blutigen Nahn auf das heilige Wort zu sehen vermag. Von den Folgen dieser Verhältnisse für das Wege-, Armen- und Schulwesen weiß fast jede ostelbische Gemeinde ein garstig Lied zu singen. An diesem Zustande unseres ländlichen Gemeinlebens drohte die ganze preussische Steuerreform zu scheitern, bis man sich entschloß, alle falsche Scham abzuhauen und den Großgrundbesitzern die Realsteuern unter dem beschönigenden Namen der Ueberweisung schlicht und einfach zu schenken. . . Die jetzige Lösung der Frage verbindet nun aber das Angenehme des Steuererlasses für den Großgrundbesitzer mit dem Nützlichen, daß ihm bei den nach den Steuerleistungen abgestuften Wahlberechtigungen diese veranlagten, aber nicht erhobenen Steuern angerechnet werden, als ob er sie gezahlt hätte. Fürwahr, das Meisterstück einer feudalen „Gerechtigkeit“!

Am ewig fehlerhaften Kreise wird die Erhaltung einer feudalen Rücksichtlichkeit zur Ursache weiterer Rücksichtlichkeiten. Wie soll man zu Lebens- und leistungsfähigen Landgemeinden gelangen, wenn gerade der größte und leistungsfähigste Besitz prinzipiell vom kommunalen Bande eximiert ist, wenn er die bäuerlichen Gemeinden einschmälert, ihnen die Lebenskraft aushaucht? Nam von kommunaler „Gleichberechtigung und Selbstverwaltung“ im Ernst die Rede sein, während z. B. in Brandenburg neben 3132 Landgemeinden 1786 Gutsbezirke, in Westpreußen neben 2002 Gemeinden 1959 Gutsbezirke, in Pommern vollends 2088 Landgemeinden, aber 2480 Gutsbezirke bestehen? Das Ueberwiegen der Gutsbezirke ist mindestens ebenso die Ursache wie die Folge der Verkümmern des ostelbischen Landgemeinlebens. Gerade diese Verkümmern und geringe Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Gemeinden muß dann wieder als Grund dienen, um ihnen das löstliche Gut der patrimonialen Ortspolizei unter der Firma des Amtsvorsehers zu erhalten. Daß die staatsrechtliche Konstruktion dieses Instituts eine ganz andere ist, als die der alten Patrimonialpolizei, das ist eine ebenso zweifelhafte Thatsache, wie die, daß der Bauer in Ostpreußen praktisch von dieser Verschwendung der staatsrechtlichen Konstruktion so gut wie nichts empfindet. Nach wie vor ist der Anhaber der örtlichen Polizeigewalt auf dem Lande fast stets ein Junker oder allenfalls ein Subaltern. In diesem Falle steht er in umso strafferer Abhängigkeit vom Landrat, dessen Stellung in unserer Organisation den interessantesten Punkt bezeichnet, wo sich Feudalismus und Bürokratismus die Hand reichen, und von den übrigen Kreisbehörden, in denen wieder die Junker dominieren. Das überaus verzwickte und gekünstelte Wahlsystem für die Kreisstage hat doch in erstaunlicher Weise seinen Zweck erfüllt, möglichst viel von der guten alten Zeit, da diese Korporationen eine Art von Mitterblenden waren, in die neue Gestaltung hinüberzureiten, den bäuerlichen „Mittelbürger“ möglichst wenig auskommen zu lassen, und die feudalen Rudimente in der Organisation des ländlichen Landes möglichst fest zu verankern. Von hier aus erstreckt sich derselbe Einfluß auf die Zusammenfassung der Provinzialorgane und durch diese wieder herab auf die Bildung des Bezirksausschusses, der in wichtigsten Fragen der staatlichen Aufsicht über die gesamte Kommunalverwaltung, namentlich auch der größeren Städte, eine erhebliche Rolle spielt.

So läßt der rudimentäre Feudalismus von seinen Wurzeln, den selbständigen Gutsbezirken, aus seine Wirksamkeit über die städtische Selbstverwaltung, die ihm von je her ein Dorn im Auge war; und zur Vervollständigung des Bildes darf man den imigen Zusammenhang nicht übersehen, der in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung den hier maßgebenden Teil der Bürokratie, die Verwaltungsbeamten, mit den feudalen Elementen verbindet. Hier liegt in der That der Kern für die politische Aufgabe des preussischen Liberalismus. Es gilt, die letzten und wichtigsten Verschlingungen des Feudalismus energisch zu beseitigen, endlich das große Werk zu vollenden, das in der Zeit der schweren Noth am Anfang des Jahrhunderts begonnen worden, die Grundlage des modernen Staatswesens in ostelbischen Preußen zu schaffen. Dazu gehört auch die endliche Erfüllung einer der vielen unerfüllten oder in der Erfüllung wieder gehemmten Verheißungen der preussischen Verfassung: die endgültige Beseitigung aller Adelskommissen und Majorate.

Alle weiteren Forderungen, die Preuß aufstellt, hängen auf das engste mit der Beseitigung des feudalen Uebergewichtes zusammen. Das Herrenhaus, dies Kind einer krankhaften königlichen Laune, dies Geschöpf von höchst zweifelhafter Legitimität und ungewisser historischer Aechtheit sei am besten ganz zu beseitigen. Zum mindesten aber müsse man auf die ursprünglichen Bestimmungen der preussischen Verfassung zurückgehen, die eine erste Kammer „aus den wahren Unterlagen staatlicher Organisation, den großen Kommunalkörpern, hervorgehen ließ. Dasselbe wäre dann wieder die oben erwähnte Reform der ländlichen Kommunalverfassung die notwendige Voraussetzung.“

Nicht minder reformbedürftig ist das Abgeordnetenhaus. „Wie das Kronpolizeirecht notwendig das gleiche sein muß im Reich und in Preußen, so sollte es auch das Wahlrecht sein.“ Zum mindesten aber müsse erstens der plutokratische Charakter gemildert werden, wobei der Anhang der Anrechnung fingirt und bloß veranlagter Steuern wegfallen muß. Zweitens muß die Wahl geheim sein; denn daß unter den heutigen Verhältnissen die offene Wahl die offene Korruption ist, kann kein Schänder gutgläubig leugnen. Drittens endlich muß die Wahl direkt sein. Soweit die indirekte Wahl heute noch praktisch ist, dient sie der im Grunde unheilvollen Kullifizierung der dritten Wählerklasse durch die beiden oberen.“

Die verschiedenartige Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhaus und des Reichstags zeitigt die bedenklichsten Verzerrungen — sie veranlaßt selbst die Regierung, die Reichskompetenz durch einen Ausfluß in die „wenigere Temperatur“ des Landtags zu umgeben, wie in der Frage des Vereinsrechtes. Daß die Kanalfrage nicht vergessen wird, ist selbstverständlich. „Da überschlägt sich geradezu die barbarische Verlehrscheidenschaft des Junkertums. In der Kanalfrage spielt es den wilden Mann, erklärt jede Entwicklung dieses hochwichtigen Verkehrs- und Kulturmittels für eine untragbare Vergeßlichkeit, und möchte gar zu gern selbst die großen natürlichen Wasserstraßen, den Segen eines jeden Landes, zerstören, durch prohibitive Auflagen wirtschaftlich unbrauchbar machen.“

Den Schluß bildet die Schule. „Daß wir jedenfalls in dieser Hinsicht augenblicklich im „Staate der Intelligenz“ und nicht in aufsteigender Linie bewegen, lehrt die Statistik, die Preußen unter den deutschen Staaten den führenden Platz anweist — in der Produktion von Knallpatronen! Die Schule war von jeher der Stiefkind des Liberalismus; aber seine Sorge für diesen Liebling ist umso schwerer, als er zwei mächtige Gegner verbündet sich gegenüber sieht;

„die Heiligen sind es und die Ritter“. Demgemäß geht denn auch die Verklammerung unterer Volksschule wesentlich auf zwei Gründe zurück. Der eine, den die Ritter auf dem Gewissen haben, ist genau derselbe, der die Verkümmern des ländlichen Gemeinlebens verursacht; schwache Gemeinden, schwache Schulverbände, doch starke Rittergüter mit geringen Schullasten, aber großem Einfluß in den Behörden der ländlichen, sogenannten Selbstverwaltung. Und was die Ritter nicht auseinander bringen, das zerfallen die Heiligen; wie sich der Gutsbezirk von der Gemeinde sondert, so sondern sich die konfessionellen Schulverbände von einander; und das Resultat ist in beiden Fällen: Verkümmern! Statt einer guten Simulanschule hat man dann zwei schlechte konfessionelle Schulen; aber die Seelen sind doch gerettet vor dem Pesthauch gegenseitiger Duldung und konfessioneller Vermischung. — Auf diesen Gebieten liegt die höchste, zugleich idealste und praktisch fruchtbarste Aufgabe des Liberalismus; aber dieser Ueberblick zeigt, daß auch sie nur zu lösen ist durch die Ueberwindung des Junkertums.“

Was uns an den Ausführungen von Preuß sympathisch berührt, ist der Umstand, daß er sich trotz der offensichtlichen Absicht, eine kräftige Bewegung für die Landtagswahlen zu entfachen, nicht mit blendenden Verheißungen und großen Versprechen an die Waise wendet. Er hebt wiederholt betont, daß solche gar keinen Verth haben, ja, daß die Liberalen sogar im Abgeordnetenhaus unbefragt in größter Volkseindämlichkeit machen könnten, da ihnen das Herrenhaus den Rücken deckt. Die Beschränkung auf die im ureigenen Interesse der liberalen Schichten gelegenen Punkte bespricht einen viel größeren Ernst und da die Ueberwindung des Feudalismus auch für das stetigere Fortschreiten des Sozialismus die notwendige Vorbedingung ist, wird die sozialdemokratische Partei dem ernsthaft aufgenommenen Kampf gegen das Junkertum nicht müßig zusehen.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. August.

Für den Schutz der nationalen Arbeitskraft begeistert sich in diesen Tagen der Treidhaushalt sogar die Unternehmerpresse. Die Leipziger Neuesten Nachrichten waren es, die vor einigen Tagen meldeten, daß die Renovierungsarbeiten an der kgl. sächsischen Strafanstalt Vogtsberg durch czechische Arbeiter ausgeführt werden. Obgleich deutsche Arbeiter täglich in fast demüthigender Weise um Arbeit gebeten hätten, seien keine angenommen worden, sondern man habe eine Anzahl „Stochböhmern“ importirt. Der Fall lehre, wie vorsichtig der Staat sein müsse und wie er sich die Leute, die er mit Staatsarbeiten betraue, anzusehen habe, wenn er sich vor dem Vorwurf schützen wolle, daß die Geldfrage ihm über die Fursorge für seine Landeskinder geht. Nebenbei fallen noch eine ganze Reihe absälliger Ausdrücke für die betreffenden Unternehmer und den Polier des Baues ab. Dieser Bericht der Leipziger Neuesten Nachrichten macht gegenwärtig seine Runde durch die Unternehmerpresse und ist unter anderen auch in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu finden und zwar unter der Ueberschrift: „Czechische Arbeiter auf reichsdeutschem Boden.“ Was will nun die Unternehmerpresse mit diesem Artikel? Soll allgemein der Grundsatz ausgesprochen werden: „In Deutschland sollen nur deutsche Arbeitskräfte zur Verwendung kommen?“ — Dann läge hier zwar eine Uebereinstimmung mit der heute üblichen Parole „Schutz der nationalen Produktion“ auch den Arbeitern gegenüber vor, zugleich aber auch eine gänzliche Verkennung des Profitstandpunktes unserer deutschen Unternehmer. Denn gerade die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ muß wissen, daß im vorigen Jahre erst die Bechen in Rheinland-Westfalen mindestens 2000 Köpfe aus Ostelbien, Böhmen und Galizien auf den deutschen Arbeitsmarkt gezogen haben, nicht zum letzten deshalb, um den Lohn der Vergleute möglichst unten zu halten. Wo waren denn damals die eifrigen Federn, die Artikel gegen diesen Import czechischer Arbeiter losließen, und wo blieb die nämliche Presse, als kürzlich der preussische Minister des Innern den Verband der deutschen Leinwand-Industriellen den Rath gab, sie möchten, um bei ihren billigen Löhnen bleiben oder noch billigere bezahlen zu können, einen Versuch mit italienischen Arbeitskräften machen, die in größeren Trupps gegenwärtig nach Deutschland kämen? Nein, um die nationale Arbeitskraft zu schützen, darum kann es sich im vorliegenden Falle wirklich nicht handeln. Wir glauben vielmehr, daß der Artikel der „Neuesten Nachrichten“ ein Produkt der alldeutschen Bestrebungen ist, das diesmal den deutschen Unternehmern und ihrer Presse einen argen Streich gespielt hat. Aus Wuth gegen die Czechen, deren Bourgeoisie in Oesterreich die deutschen Bourgeois wegen der Deantenstellen so hart bedrängt, — treibt man die gegenseitige Erbitterung auf die Spitze, verfolgt man den Nationalitätengegenatz bis zur äußersten Konsequenz und versteht, so wie vorliegender Fall zeigt, unbewußt dem deutschen Unternehmertum die heilsame Lehre, daß seine Forderung des Schutzes der nationalen Produktion eine leere Phrase ist. National ist der deutsche Unternehmer, so lange seine in Deutschland hergestellten Waaren durch eine entsprechende Politik geschützt und im Preise erhöht werden. Der nationale Patriotismus deckt sich mit der persönlichen Profitgier. Der nationale Gesichtspunkt verschwindet aber in dem Augenblick, wo er sich nicht mehr mit dem Geschäft verträgt, so unter anderem bei Bezug der Rohstoffe und ganz besonders bei der Auswahl der Arbeitskräfte. So wie es augenblicklich die Unternehmer an der sächsischen Strafanstalt Vogtsberg machen, so machen's die Bauunternehmer in ganz Deutschland, so machen's die Bechenbarone, so machen's die Textilindustriellen, und so machen's erst recht unsere großen Landwirthe. Und daß diese Praxis einmal von der Unternehmerpresse selbst in Grund und Boden hinein verdammt wird, das ist's, was diesen besonderen Fall am Bau der Strafanstalt Vogtsberg zu einem klassischen Zeugniß über das nationale Verhalten der deutschen Unternehmer macht. —

Stehen wir wieder vor einer Periode niedriger Getreidepreise? Diese Frage beschäftigt die landwirtschaftlichen Produzenten und die Händler im Augenblick mehr denn je. Ein sicheres Urtheil über die nächste Entwicklung des Weltmarktes hält man auf allen Seiten noch für ausgeschlossen. Je nach den eigenen Interessen hebt man von den sich durchkreuzenden Tendenzen mehr die preisbehaltenden oder die preisdrückenden hervor; fast regelmäßig jedoch fügt man allen Betrachtungen als Schlussergebnis hinzu, daß die maßgebenden Thatsachen noch nicht hinreichend zu überblicken sind.

In den agrarischen Kreisen sucht man die Landwirthe zur Zurückhaltung im Verkaufe aufzumuntern, um die Bestrebungen unwirksam zu machen. Man versichert den Landeuten, daß sie von ihrem Abwarten nichts zu fürchten hätten, weil die Drohung mit späteren schlechten Preisen ganz unbegründet sei. Man weist dabei — so eben wieder Rußland in der Zeitschrift der schlesischen Landwirtschaftskammer — vor allem auf die ganz außerordentlich niedrigen Vorräthe des Handels-

hin, für welche die neue und, wie man nicht bestreitet: gute Ernte gerade die nötige Wiederauffüllung und Ergänzung gestatte. Rußland rechnet, auf die Autorität des besten Statistikers des internationalen Getreidehandels, Georg Broomhal in Liverpool gestützt, daß am 1. August die alten Weizenvorräthe der Welt bis auf 14 Millionen Quarters ausgebraucht gewesen seien. Den täglichen Weizenverbrauch der Erde müsse man auf 1 Million Quarters schätzen, so daß wie trotz der zum Markte herandrängenden Ernte gerade noch von der Hand in den Mund hätten leben können. Die Preise für spätere Termine zeigten allerdings bereits niedrigere Notirungen, indeß seien das Irthümer oder auch Niederträchtigkeiten der Spekulation:

Gleichzeitig begünstigen die ganz außerordentlich kleinen Waarenvorräthe in der Hand der Bäcker, Müller und Händler eine zielbewußte Zurückhaltung der Weizenbestände von Seiten der Landwirthe in hohem Maße. Der Händler und Müller muß Löhnen und Preise bieten, bei denen der Getreidebauer bestehen kann.

Daß auch im Handel vielfach mit dem Fortbestand der heutigen mittelmäßigen Preise gerechnet wird, zeigt der Umstand, daß man nirgends Eile hat, dem Markte Waare zuzuführen, um die heutigen Preise noch mitzunehmen. Indes mag auch das damit zusammenhängen, daß die amerikanischen Farmer nach der guten Einnahme des letzten Jahres nicht gleich alle Handelspeicher mit Nothverkauf über-schwemmen.

Die Paissgläubigen haben es natürlich leicht, die übereinstimmenden günstigen Mittheilungen über die Welt-ernte für sich ins Feld zu führen. Aus Nordamerika ist ein großer Ueberfluß zur Ausfuhr zu erwarten. Für Rußland widersprechen sich zwar die Nachrichten aus den einzelnen Landstrichen, im Ganzen sind sie aber ebenfalls befriedigend. Nur Argentinien und Indien sollen in ihrem Ergebnis etwas zurückbleiben. Diesem reichlichen Angebot steht in allen europäischen Ländern, wegen der günstigen eigenen Ernten, ein stark vermindeter Einfuhrbedarf für den regelmäßigen Verbrauch gegenüber. Frankreich soll kaum irgend welchen Weizenimport nötig haben, während es voriges Jahr die Getreidezölle aufhob, um leichter Getreide heranzuziehen. In England rechnet man mit geringeren Einfuhrbedürfnissen, wie in den letzten Jahren. Oesterreich-Ungarn erlabet mehr wie zufriedenstellende Ergebnisse. Deutschlands Ernte ist der Menge wie der Güte nach befriedigend, die Weizenernte qualitativ sogar ausgezeichnet, nachdem der bis tief in den Juli hinein anhaltende Regen anfangs viel Befürchtungen geweckt hatte. Auch der Stand der Kartoffelernte hat sich durch die eingetretene warme Witterung in den letzten Wochen gebessert, so daß die Spirituspreise an den Börsen rasch herabgingen.

Im Durchschnitt überwiegt wohl bereits die Erwartung auf dauernd niedrigere Preise. Dann würde die agrarische Aufforderung an die Landwirthe, jetzt nicht zu verkaufen, die Bauern, soweit sie warten können, allerdings schwer schädigen. —

Das neueste Grubenunglück. Gegen unsere Mittheilung über den Schachtinsturz auf Zeche „Victoria Matthias“ suchen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ mit dem Seefahrer-Sprichwort anzukommen: Navigare necesse est, vivere non est necesse (zu schiffen ist nötig, zu leben nicht). Mit diesem Gemeinplatz paradierte schon in der vorigen Session des Abgeordnetenhaus ein Vertreter der Kohlenbarone, um dieselben von der Schuld zu entlasten. Seine Worte machten aber selbst auf dieses Unternehmer-Parlament nicht den von ihm gewünschten Eindruck. Wer selber nicht im Bergwerk unter Gefahren auf Schritt und Tritt zu arbeiten braucht, hat gut reden, daß „zu leben nicht nötig“ sei. Ganz davon abgesehen, daß der Arbeiter dasselbe Recht auf Schutz seines Lebens hat, wie der Bechenbesitzer, sorgt man etwa so ausreichend für die Wittwen und Waisen der im Betriebe ums Leben gekommenen Vergleute, daß sie durch den Tod des Ernährers wenigstens pekuniär keinen Schaden leiden? Bestenfalls fällt es den Bechenbesitzern gar nicht ein, den Wittwen und Waisen finanziell vollen Ersatz zu leisten.

Es kennzeichnet die Einsichtslosigkeit der Bechenbesitzer, wenn die ihnen nahestehenden „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagen: „Mit der wachsenden Zahl und Ausdehnung der Betriebe wird auch die Zahl der Opfer verhältnismäßig zunehmen“. Wenn infolge der Vermehrung der Betriebe die absolute Zahl der Unfälle sich steigern würde, so wäre das natürlich; daß aber die Zahl verhältnismäßig, der Prozenzfuß, sich steigern müßte, kann nur jemand behaupten, dem es nicht einfallt, daran zu denken, daß es einfach Menschenpflicht der Bechenbarone wäre, fortgesetzt auf Verbesserung der Schutzmahregeln bedacht zu sein. Kommen die Bechenbesitzer dieser Menschenpflicht ernsthaft nach, dann muß sich, daran ist gar nicht zu zweifeln, gerade die Verhältnißzahl der Unfälle mit der Zeit so vermindern, daß sie wenigstens nicht die des Auslandes übersteigt.

Zum Schluß meinen die „Berliner Neuesten Nachrichten“: „Der Essener Unglücksfall spricht unseres Erachtens nicht gegen die Dortmund-Denkchrift, sondern nur für dieselbe, indem er einerseits beweist, daß die Gefahren des Bergbaues auch in ihrer Art zu zahlreich sind, um durch menschliche Mitwirkung mit völliger Sicherheit verhindert werden zu können, andererseits, daß diese Mitwirkung nur in absolut zuverlässige, sachkundige und erfahrene Hände gelenkt werden darf.“

Auch dieser Versuch, die famose Denkchrift der Bechenbesitzer-Koalition zu retten, ist vollständig verfehlt, denn auch das Unglück auf der Zeche „Victoria Matthias“ ist durch die überhäufte Betriebsweise verschuldet, die den modernen Bergbau kennzeichnet und die sich ungewisselt vermeiden läßt. Unser Korrespondent schreibt:

Die Stätte des Unglücks ist der Schacht „Gustav“ der Zeche „Victoria Matthias“. Am Tage vorher waren zwei Förderwagen auf die Schachtzimmernung gefahren und hatten dieselbe schwer beschädigt. Die Reparatur war teilweise vorgenommen worden und ungefähr vollendet, nämlich bis zur zweiten Sohle, als der ganze Schacht zusammenbrach und auf den Kopf mit den Arbeitern stürzte. Das Unglück ist also diesmal nicht auf Elementarkraft, sondern auf eine überhäufte, der Sorgfalt ermangelnde Arbeit zurückzuführen. Man wird dies ohne weiteres annehmen dürfen, da der von der Verwaltung stammende Bericht der „Rhein-Westf. Ztg.“ keinen anderen Fallor nennt, der die Schachtzimmernung neuerdings verlegte, sondern sie einfach in sich zusammenbrechen läßt. Man sieht also, daß die Scharfung des Verantwortlichkeitsgeföhls, die der Verein für die bergbaulichen Interessen wünscht, allerdings notwendig ist, aber — nicht bei den Arbeitern. Das Unglück ruft hier nicht einmal mehr eine große Aufregung hervor. Man ist an solche Fälle schon gewöhnt und freut sich, daß an Todten nicht mehr sind. Die Namen der Todten sind noch nicht bekannt.

So haben die armen Knappen doch ihr Leben lassen müssen!

Es ist höchste Zeit, daß die Regierung endlich Gelegenheit nimmt, weiteren derartigen unermesslichen Katastrophen durch die Erfüllung der Bergarbeiter-Forderungen vorzubeugen!

**Der italienische Kassationshof** hat die sämtlichen standalösen Urtheile der inhumanen Militärgerichte bestätigt. So müssen die besten Männer Italiens, die begeisterten, aufopferungsfreudigen, tüchtigen Vorkämpfer des italienischen Volkes, die ihr Leben dem Kampfe um Freiheit und sozialer Hebung ihrer Volksgenossen gewidmet haben, in die elenden Kerker wandern. Die italienischen Generale und Offiziere haben nun endlich einen Erfolg zu verzeichnen. Nach den Beweisen völliger Unfähigkeit und Feigheit, die sie in allen Kriegen von 1848/49 bis zu den schmachvollen Niederlagen durch die Halbwillen des Regus Menelik erbracht haben, ist es ihnen nun gelungen, einen Sieg zu verzeichnen. Sie haben wehrlose Arbeiter, Frauen und Kinder niedererkartiert und die besten Männer ihres Vaterlandes in die Kerker geworfen.

Nun weiß endlich das italienische Volk, weshalb man es an Hunger und Elend zu Grunde gehen läßt, damit die Armeen erhalten und stets vergrößert werden kann.

**Deutsches Reich.**

**Die Einnahme des Reiches an Zöllen und Verbrauchssteuern** hat für das erste Drittel des laufenden Jahres 248,2 Millionen oder 18 Millionen mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. An dem Mehr sind die Zölle mit 13 Millionen, wovon allein 6 Millionen auf den Monat Juli entfallen, die Zucksteuer mit 3,6 Millionen und die Branntwein-Verbrauchsabgabe mit 1,8 Millionen beteiligt. Salzsteuer, Branntwein-Materialsteuer und Branntwein haben keine Mindereinnahmen zu verzeichnen. Von den übrigen Reichseinnahmen weist die Borsensteuer ein Mehr von nahezu 2 Millionen auf, die Post- und Telegraphenverwaltung ein solches von 8,8 Millionen und die Reichs-Eisenbahnverwaltung von 1,5 Millionen.

**Die „Freisinnige Zeitung“** schreibt heute: Von einem freisinnig-sozialdemokratischen Kartell phantasiert fortgesetzt die konservative Presse, um die Nationalliberalen abzuhalten, im Verein mit Freisinnigen die Bildung einer konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu verhindern. — Weder besteht ein solches Kartell der Freisinnigen mit der Sozialdemokratie noch liegt es irgendwo in der Absicht, ein solches Kartell zu schließen. Die Freisinnigen stehen zu den Sozialdemokraten nicht anders wie die Nationalliberalen. Auch den Nationalliberalen kann es nur gehen sein, wenn Sozialdemokraten irgendwo für ihre Kandidaten stimmen, um konservative Wahlen zu verhindern. Ein anderes aber kommt auch im Verhältnis der Freisinnigen zu den Sozialdemokraten nicht in Frage.

**Zum Kampf gegen die Kriegervereine.** Im Liebenwerdaer Kreisblatt vom 20. August finden wir an der Spitze der amtlichen Nachrichten die folgende Bekanntmachung:

Kr. I 4414. Hierdurch bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß der Veteranen- und Kriegerverein zu Bodwitz auf meine Anweisung durch Verfügung der Orts-Polizeibehörde aufgelöst worden ist, weil eine der wesentlichsten Voraussetzungen, unter denen der Verein i. H. polizeilich als Kriegerverein befähigt worden ist — nämlich die Liebe und Treue gegen Kaiser und Reich zu hegen, zu pflegen und zu betätigen — insofern nicht mehr zutrifft, als der Verein Mitglieder unter sich duldet, welche bei der letzten Reichstagswahl dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben.

Liebenwerda, den 18. August 1898.

Der königliche Landrath von Bredow.

**An den Vorstand des Veteranen- und Kriegervereins zu Bodwitz,** welcher nach der vorstehenden Bekanntmachung im amtlichen Theil des heutigen Kreisblattes aufgelöst worden ist, hatte der Vorstand des Kreis-Krieger-Verbandes das folgende Schreiben gerichtet:

Liebenwerda, den 12. August 1898.

An den Veteranen- und Kriegerverein zu Bodwitz. Nach den über die letzten Reichstagswahlen angefallenen Ermittlungen ist als sicher anzunehmen, daß dem Veteranen- und Kriegerverein zu Bodwitz viele Mitglieder angehören, die dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben; es ist sogar wahrscheinlich, daß die Mehrzahl der Mitglieder in solchem Sinne gestimmt hat. Der Veteranen- und Kriegerverein zu Bodwitz hat sich dadurch eine so schwere Verfehlung gegen die Satzungen des Deutschen Kriegerbundes zu Schulden kommen lassen, daß wir beschließen haben, die Ausschließung des Vereins aus dem Deutschen Kriegerbunde bei dem Bundesvorstand zu beantragen, falls der Verein nicht, was zu erwarten steht, von der staatlichen Aufsichtsbehörde aufgelöst werden sollte.

Der Vorstand des Kreis-Kriegerverbandes Liebenwerda. Präsident v. Lindenhofen, Le cow, 1. Vize, Vorsitzender. Kassirer, Schriftführer.

Einige andere Kriegervereine des Kreises sind nach dieser Richtung hin nur besonders ermahnt worden.

Den Kriegervereinen scheinen mehr Sozialdemokraten anzugehören, als wir es vermuteten.

**Zentrum und Arbeiterfreundlichkeit.** Die ultramontane „Koblenzer Volkszeitung“, deren Redakteur der Abgeordnete und frühere Redakteur der „Germania“, Dr. Marlow, ist, schreibt: „Die Mothen“ an der Arbeit. Zwei Genossen, ein hiesiger und ein fremder, beauftragten gestern im Auftrage des sozialdemokratischen Hamburger Maurerverbandes die hiesigen Kaufstellen des Bezirks Aufnahme einer Statistik über die Verhältnisse der hiesigen Maurer. Es soll sich um die Vorbereitung eines Streiks handeln. Wie wir hören, ist den beiden Sendlingen auf einigen Kaufstellen gebührend heimgeleuchtet worden.

Es ist dies dasselbe Blatt, das während der Zeit der Wahlagitatio in Gemeinschaft mit mehreren anderen rheinischen Zentrumsblättern offen zur Heberückspaltung der sozialdemokratischen Flugblatt-Verteiler aufforderte.

**Die Verwendung des Goldes zu gewerblichen Zwecken** spielt bei den Währungsänderungen eine große Rolle. Hiesher bedauerten die Bimetallisten gern, die ganze neue Goldproduktion verschwinde schleichlich in der Industrie, sei es, daß diese unmittelbar Goldbarren für ihre Zwecke bezieht, sei es, daß sie Goldmünzen einschmilzt. Seit der großen Steigerung der jährlichen Goldgewinnung hat dieser Hinweis auf den Mangel an Gold für Geldzwecke etwas an Zugkraft verloren.

Nunmehr ist eine im vorigen Jahre eingeleitete Erhebung des Reichsanwesens über den Goldverbrauch der deutschen Industrie nicht ohne Bedeutung für die Währungsverhältnisse. Die Ergebnisse sind noch nicht bekannt. Dagegen hat sich für Berlin und Charlottenburg, wo die Kettler der Kaufmannschaft mit der Umsage bekannt waren, ein viel geringeres Verschwinden von Reichsgoldmünzen im industriellen Verbrauch herausgestellt, als man erwartete. Von den 884 Fragebogen, die an Juweliere, Fabrikanten goldener Geräte, Goldschmiede, Galvanisierer, Schmiede-Fabrikanten, Zahnärzte verandt wurden, blieb zwar ein Viertel unbeantwortet, jedoch konnte man sich hier durch Schätzungen einer Kommission von Sachverständigen ziemlich zuverlässige Bitten verschaffen. Im Durchschnitt der beiden Jahre 1896 und 1897, auf welche sich die Erhebungen bezogen, waren demnach in Berlin und Charlottenburg 2 Millionen Mark Feingold in den industriellen Verbrauch übergegangen. Davon entfielen etwa 346 000 M. deutschen Münzen, 186 000 M. fremden Münzen, 1 490 000 M. Barren; für den Rest von circa 40 000 M. konnte der Ursprung nicht ermittelt werden. Verbraucht

wurden diese Mengen ganz überwiegend zur Herstellung von Geräthen und Schmuckgegenständen, nämlich rund 1 200 000 M.; die Vergoldung von Porzellan und Glas, die Photographie, Rahmentextil und ähnliche beanspruchten etwa 528 000 M., die Galvanisier- und Feuervergoldung etwa 158 000 M. Neben der Erhebung über die gewerbliche Verwendung von Gold war noch eine solche über die Produktion der Goldschmelz-Anstalten auszuführen. Solcher kamen nur zwei in Betracht, die nach ihrer Angabe bezw. nach Schätzung zusammen etwa 350 000 M. Gold jährlich aus verschiedenen Rohstoffen jedoch nicht aus Wägen darstellten.

Man darf — heißt es in dem Jahresbericht der Kettler — auf die Zusammenstellung der Ergebnisse für ganz Deutschland gespannt sein. Nach unseren Erhebungen ist zu vermuten, daß die früheren bimetalistischen Schätzungen der in der Industrie verschwundenen Mengen von Reichs-Goldmünzen sich als stark übertrieben herausstellen werden. — Die Bimetallisten werden dann wahrscheinlich die Zuverlässigkeit der Erhebungen anzweifeln. Jedoch gründen sich ihre Behauptungen vollends nur auf die unsichersten Angaben und bloße Vermuthungen.

**Zur Frage der Stempelpflicht der Versammlungs-Bescheinigungen** geht dem „Berliner Tageblatt“ aus Prenzlau eine Einwendung zu, aus der zu ersehen ist, daß nunmehr bei dem Provinzial-Steuerdirektor ein Mißverständnis in bezug auf das Unzulässige der Erhebung einer solchen Steuer nicht mehr obwaltet. Den betroffenen Vereinsvorständen ist nämlich unter dem 18. August folgende Verfügung der Prenzlauer Polizeibehörde zugegangen:

Durch Verfügung des königlichen Provinzial-Steuerdirektors vom 14. d. M. ist neuerdings angeordnet worden, daß von der Einziehung der Stempelbeträge für die von uns erteilten Bescheinigungen über Versammlungs-Anmeldungen Abstand genommen werden soll, weil vorausgesetzt wird, daß in den betreffenden Versammlungen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten. Die bereits eingezahlten 1,50 M. Stempelfosten erfolgen hierbei zurück.

**Ein Mufferechenmann.** Welche Geister der neueste Kurs für sich gewirmt, zeigt folgendes Inserat in Nr. 184 der „Neuer Zig.“ vom 18. August:

„Welcher patriotisch gesinnter Mann oder Behörde giebt einem Manne Arbeit, der einen Sozialdemokraten wegen Majestätsbeleidigung demüthigt hat, und deshalb von seiner Firma entlassen worden ist. Offerten unter L. O. 100 bes. die Exp. d. Zig.“

Wenn unsere Richter und Staatsanwälte diesem Inserate die nötige Beachtung zu Theil werden lassen, dann würden sie einen sehr interessanten Einblick in die Seele der Demüthigten erhalten. Der Fall ist daher werth, zur allgemeinen Kenntniß zu gelangen. Unseren Reaktionen aber sollte dieser Fall die Schamröthe ins Gesicht treiben.

**Deuben (Sachsen).** Die Sozialdemokraten ehren ihre Todten — selbst das ist den Gegnern anständig. In Deuben wurden im Mai beziehungsweise im Juni zwei Genossen unter zahlreicher Beileidigung der Genossen und Genossinnen zu Grabe geleitet. Die imposanten Leichenkonfekte haben anscheinend Spießbürger und Behörden genügend gegergt. Denn die Begräbnisse der beiden Genossinnen sind angeblich die Veranlassung gewesen, daß man im Kirchenvorstand darüber berieth, wie man eine solch zahlreiche Beileidigung bei Beerdigungen von Angehörigen unserer Partei verhindern könne. Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Beerdigungen, bei denen die kirchliche Beileidigung durch die Angehörigen abgelehnt wird, haben zukünftig in den Vormittagsstunden stattzufinden, um Kollisionen mit anderen Begräbnissen auszuweichen. Die Zeit, die das evangelisch-lutherische Pfarramt allein zu bestimmen hat, ist auch bei unkirchlichen Begräbnissen pünktlich einzuhalten, und bleibt der Gottesacker bis zum Schluß derselben geschlossen. Die Aufsicht führt die zuständige Polizeibehörde.“

Die Genossen in Deuben werden sich durch dieses famose Begräbnisreglement natürlich nicht abhalten lassen, ihren Todten auch künftig die gebührenden Ehren zu erweisen.

**Erfurt, 20. Aug. (Fig. Ver.)** Der Kravallprozeß in zweiter, verbesserter Auflage wird am 30. August vor der hiesigen Strafkammer vor sich gehen. Allerdings handelt es sich diesmal nicht um die Verurteilung von „Aufzählern“, sondern diesmal sollen die bösen „Anstifter“ ihr Theil bekommen. Die hiesigen Sozialdemokraten haben bekanntlich dem Vorgehen der Polizei gegen zum Theil harmlose Passanten einen großen Theil Schuld an den schmachvollen Kravallzügen zugeschrieben. Diese Weichheit pfeifen übrigens heute noch ebenso wie damals die Spahen von den Dächern, was jedoch den Oberbürgermeister Dr. Schmidt nicht hinderte, in öffentlicher Stadtvorordnetenversammlung die Sozialdemokraten der Schuld zu bezichtigen. Das veranlaßte die „Tribüne“ zu einer scharfen Parodie und eine vom Vertrauensmann eiderernte Volksversammlung zu einer gepfefferten Protestresolution. Wie voranzufahren, fühlte sich dadurch der Oberbürgermeister beleidigt, so daß die Staatsanwaltschaft Anklage im öffentlichen Interesse gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tribüne“, Rudolph, und den Leiter der Volksversammlung, Wappe, erhob. Wir haben selten eine solche Verleumdung über einen gegen uns angehängten Prozeß empfunden, wie diesmal. Wird es uns doch dadurch ermöglicht, die Kravalle einmal in andere Beleuchtung rücken zu können. Wir weisen darauf an besten die auf Grund der Heilbronner und Biegnitzer Vorgänge gegen die Sozialdemokratie erhobenen schmutzigen Vorwürfe zurück. Die Verteidigung haben die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Berlin und Anderseck, Erfurt übernommen. Wir werden nicht verschlen, über den Verlauf des Prozeßes eingehend zu berichten.

**Aus Baden, 21. August. (Fig. Ver.)** Daß die auch von dem „Vorwärts“ gebrachte Meldung betr. der ungläublichen Wahlfälschungen in dem Orte Sand (VII. bad. Wahlkreis) von den national-liberalen Zeitungen, so auch von der „Straßburger Post“ als „haarsträubende Berichte“ und „lärmend losgelassene Gerüchte“ bezeichnet wurden, vorworauszugehen. Nun hat aber der Untersuchungsrichter konstatiert, daß nicht weniger als 79 Personen in dem vollständig nationalliberalen Dorfe als Personen, die ihr Wahlrecht ausgeübt haben, in der Liste fanden, die auf Eid versichert, nicht gewählt zu haben. Ein nationalliberales Blatt, der „Ortenauer Vöter“, schreibt dem auch heute: „Nach unseren am Orte selbst eingezogenen Erhebungen entspricht der Bericht des „Vorwärts“ zum größten Theil den Thatfachen.“ Der Bericht des „Vorwärts“ entspricht aber nicht zum größten Theil, sondern vollständig den Thatfachen; das wird die baldige Gerichtsverhandlung beweisen. Verwunderlich ist nur, daß der betreffende Bürgermeister von Sand trotz der Resultate der Untersuchung immer noch in Amt und Ehren ist.

**Aus Hessen, 21. Aug. (Fig. Ver.)** Das „goldene Mainz“ hat sich beim Kaiserbesuch nicht lumpen lassen. Einzelne, ob es sich um eine Proklamationsprozeß, einen Kaiserempfang oder ein sonstiges Fest handelt, Roguntia legt ihr Brautgewand an, die schaulustige Menge strömt in hellen Scharen zusammen und die Geschäftskleute abergläubig schmunzelnd ihre Einnahmen. Der Kaiser sprach dem Oberbürgermeister gegenüber die Hoffnung aus, „daß Mainz' Söhne zu ihm stehen werden in guten und bösen Tagen, bei äußeren und inneren Kämpfen.“ — Nebenbei Dreifinstel der von Mainz' Bürgern bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen Stimmzettel waren sozialdemokratische.

Die drohende Verletzung des Rheinstromes durch Einschleppung der Fäkalien anliegender Städte hat eine Reihe von Protesten veranlaßt. Jetzt haben die Wormser gegen den Plan der Mannheimer, den Vater Rhein als Abwasserreiner zu benutzen, heftig opponirt. Die hiesige Regierung hat aber bis jetzt wenig in der Sache ausgerichtet. Nunmehr wollen die Bewohner von Bingen und Umgebung durch Vermittelung ihres Reichstags-Abgeordneten Rhein. Schmidt beim Staatssekretär des Innern vorstellig werden. In Mainz dagegen hat man nicht übel Lust, dem Beispiel von Mannheim zu folgen, da die Wissenschaft nachgewiesen habe, daß durch Einführung der Fäkalien eine so gewaltige Wassermasse wie der Rhein nicht merkbar verunreinigt werde. Neuerdings ist die Wissenschaft an dieser These

aber wieder irre geworden. Außer den Gelehrten sprechen in dieser Frage übrigens auch noch die Fische mit, und da diese bekanntlich stumm sind, so treten die Fischerei-Interessenten als ihre Anwälte auf. — Wir sind der Meinung, daß es aus landschaftlichen, gesundheitslichen und volkswirtschaftlichen Gründen zu wünschen wäre, wenn der schöne Rhein von den Fäkalien verschont bliebe. Das System der Riesfelder ist wirtschaftlich zweifellos vorzuziehen. Jedemfalls darf die Regelung dieser Angelegenheit nicht kommunalen Sonderinteressen überlassen werden, sondern sie muß dem allgemeinen Interesse entsprechend einheitlich geregelt werden, und zwar so wie es nach gründlichsten Untersuchungen für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt am dienlichsten ist.

**Gegen die Aufhebung des Diktaturparagraphen** kämpfen, in ihrer Weise gegen uns polemisierend, die „Berl. Neuesten Nachr.“ weiter. Sie widerlegen kein von uns gefagtes Wort und berufen sich auf das Organ der französischen Opportunisten. Doch nicht auf diese, sondern auf die Elsch-Kochinger kommt es an, wenn man die Aufhebung des Diktaturparagraphen diskutiert. Unser gemeinsames Recht und vor allem die von der behöblichen Praxi eingeführte Anwendung desselben bieten so viele Handhaben gegen die Gegner der herrschenden Ordnung, daß es wahrlich keine Schmeichelei für die reichsständischen Hohenlöse und Puttkamer ist, wenn ihnen nahestehende Organe meinen, daß sie ohne Diktaturparagraphen nicht ankommen können.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die Ferienkammer des Böhmer Landgerichts den wegen eines ähnlichen Vergehens bereits zweimal vorbestraften Bergmann Nicolaus Kider aus Bruch zu drei Monaten Gefängniß. Ein Nachbar des Verurtheilten hatte die beleidigende Aeußerung zur Anzeige gebracht. Die Sitzung fand unter Ausschuß der Öffentlichkeit statt.

**Eugen Wolf, der Reisende des „Berl. Tageblatt“,** bezeichnet die gegen ihn gerichteten Angriffe als plumpe Erfindung. Wir wollen abwarten, ob ihm auch der Nachweis für dieses entschiedene Dementi gelingt.

**Oesterreich.**

**Der Reichsrath** soll zum 12. September einberufen sein.

**Prag, 20. August.** In dem heute hier beginnenden tschechisch-katholischen Katholikentag, welcher vier Tage dauern wird, sind zahlreiche tschechische Aristokraten eingetroffen. Die Katholiken erlassen Aufrufe, in welchen erklärt wird, daß die Katholiken an der Schwelle großer Thaten und Kämpfe stehen, in welchen über Sein oder Nichtsein im ganzen Reich entschieden werden wird. Die Kirche würde die Führer der christlichen Völker gegen die unterirdischen Mächte sein.

Das klingt ja ganz gefährlich. Doch glauben wir, daß sich die österreichischen Sozialisten deshalb noch lange nicht ins Maulschloß verziehen werden.

**Prag, 21. August.** In der vorletzten Nacht wurden auf dem Belvedere-Exerzierplatz hieselbst tausende von hochverräterischen (K) Flugblättern verstreut. Bis jetzt ist man der Thäter nicht habhaft geworden.

**Ungarn.**

**Budapest, 21. August.** Das Resultat der am 24. d. M. beginnenden Ausgleichsverhandlungen wird, wie hiesige Regierungskreise glauben, wegen der ablehnenden Haltung der österreichischen Regierung, gleichfalls ein negatives sein. Man verspricht sich von den neuerlichen Ministerkonferenzen keinen günstigen Erfolg.

**Frankreich.**

**Paris, 22. August.** Der „Eclair“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem Generalstabs-Offizier der Marine über die Pläne des Marineministers Lody. Hiernach soll das Nordsee-Geschwader vollständig umgekehrt werden. Die vier kleinen Panzerkreuzer „Balm“, „Douvines“, „Zemappes“ und „Tréhouart“, deren Schnelligkeit und Artillerie nicht mehr genüge, sollen nach dem Mittelmeer zurückgeschickt und in Reserve gestellt werden. Sie sollen im Nordseegebiet durch die gleiche Anzahl von Schiffen aus dem Mittelmeer ersetzt werden. Das Mittelmeer-Geschwader soll aus Divisionen von je neun Panzerkreuzern gebildet werden, welche die gleiche Schnelligkeit besitzen und durch Kreuzerdivisionen verstärkt werden. Die Marinedivision im Atlantischen Ozean, in China und Hinterindien werden gleichfalls neugebildet und die alten Holzschiffe durch moderne Kreuzer ersetzt werden.

**Paris, 22. August.** Die Hitze verursacht gestern in Paris und in den Provinzen etwa 20 Fälle von Sonnenstich, von denen zwei tödlich verliefen sind. In Nancy wurden am Sonnabend 14 Soldaten vom Sonnenstich befallen. Oberst Bardemelle, Kommandeur des 70. Inf. Regts., wurde vom Divisionskommandeur mit Arrest verurtheilt von unbestimmter Dauer bestraft, weil er sein Regiment bei größter Hitze einem forcierten Marsche aussetzte, wobei ein Mann starb und vierhundert Kranke unterwegs liegen blieben. Die Aufregung in Nancy, wo das Regiment garnisonirt, ist außerordentlich. Die militärischen Behörden treffen strengste Anordnungen, um Heberanstrengungen bei den großen Manövern zu verhindern.

Die Wälder verlangen wegen der Hitze eine Vertagung der Manöver.

**Paris, 20. August.** Die der „Temps“ schreibt, wird zur Theilnahme an den diesjährigen unter dem Oberkommando des Generals Jamont stattfindenden Manövern des III. und VI. Armeekorps feinerlei Spezial-Autorisation gewährt werden, sie werden also einen geheimen Charakter haben, da gelegentlich dieser Uebungen die durch die Umformung der deutschen Artillerie nöthig werdenden Abänderungen der Felddienstordnung ausprobt werden sollen.

**Blombières, 21. August.** Bei Gelegenheit einer landwirthschaftlichen Versammlung hielt der frühere Ministerpräsident Meline eine Rede, in welcher er erklärte, die Zukunft werde zeigen, daß keine Politik die einzige gewesen sei, welche es ermöglichte, alle guten Franzosen auf dem Boden der Republik zu vereinigen und eine Gewähr zu bieten gegen Reaktion und Revolution. Meline erinnerte ferner an die von ihm durchgeführten landwirthschaftlichen Reformen und schloß, indem er die Armeepries, welche wir achten und lieben; deshalb werden wir es stets ablehnen, dieselbe in die politischen Kämpfe hineinzuziehen.

Die Mehrheit des französischen Volkes ist anderer Ansicht als Herr Meline.

**Türkei.**

**Konstantinobel, 21. August.** Das Abkommen zwischen dem Finanzministerium und der Ottomantbank betreffend Zahlung der Kriegsschuldigungen-Rückstände an Rußland soll am Mittwoch unterzeichnet werden und zwar sollen die Kriegsschuldigungs-Rückstände im Betrage von 472 000 Rbl. Sterl. (ca. 9 1/2 Millionen M.) am 13. Juni 1899 und 1900 in Raten zu je 286 000 Rbl. Sterl. sowie die Verpflegungskosten für die russischen Kriegsgelassenen im Betrage von 550 000 Rbl. Sterl. in vier aufeinanderfolgenden Jahresraten, zwei zu je 125 000 und zwei zu je 150 000 Rbl. Sterl. gezahlt werden. Die Ottomantbank verpflichtet sich zur Zahlung der ersten Rate, wogegen das Finanzministerium der Bank akzeptirte Monatswechsel auf die Donane und Banque Agricole zum Zulasso übergibt. Werden diese Aktepte nicht eingelöst, so ist die Ottomantbank für die weiteren Raten nicht haftbar.

Den Russen wird es nicht erwünscht sein, daß sie die Kriegsschuldigungen, den steten Vorwand für Einmischungen und Provisionen, bezahlt erhalten.

**Asien.**

**Hokkaido, 22. August.** Die Streitigkeiten wegen der Wahl-unregelmäßigkeiten sind durch den Austritt des Vizepräsidenten der Justiz Hamada beendet worden.

**Afrika.**

**Sansibar, 21. August.** Die Ogaden-Somalis, welche seit langer Zeit im Aufstande waren, haben sich unterworfen. Der hiesige britische diplomatische Agent Hardinge wird sich voraussichtlich nach

Rismahu begeben, um die Bedingungen der Unterwerfung zu vereinbaren.

**Kapstadt, 22. August.** Die Stadt George wählt zwei Kandidaten des Afrkaner-Bonds; Robertson, von der Partei Rhodes, welcher den Wahlkreis zwanzig Jahre hindurch vertreten hatte, ist gegen eine große Majorität unterlegen. Der bisherige Verwalter der Wahlen ist entschieden gegen Rhodes, den Urheber des Jameson'schen Einfalls in die Transvaalrepublik.

### 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

Krefeld, 20. August 1898.

Aus Anlaß der Sonntag hier beginnenden 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands prangt die Stadt in Blumen- und Flaggenhimmel. Es sind bereits gegen 2300 Teilnehmer aus allen Theilen Deutschlands, zum Theil aber auch aus Oesterreich, Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz eingetroffen. Die Führer der Zentrumsparthei und der Zentrumspreffe sind fast ausnahmslos erschienen.

Eine große Anzahl Anträge, die die Generalversammlung beschäftigen werden, ist bereits eingegangen. Zur römischen Frage wird die übliche Resolution beantragt, welche die Wiederherstellung der territorialen Souveränität des heiligen Stuhles für die Selbstständigkeit desselben und für seine volle Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung, der Kirche als eine unabweisbare Nothwendigkeit fordert.

Betreffs der konfessionellen Schulen in der Diaspora soll erklärt werden, daß infolge der immer stärker hervortretenden Wirkung der allgemeinen Freizügigkeit die Verschlebung der konfessionellen Verhältnisse und in gleichem Maße das Bedürfnis nach Schaffung geordneter Seelsorge mit aller Kraft darauf hingewirkt werde, die Beihilfe der Gemeinden und des Staates zur Gründung und Unterhaltung konfessioneller Schulen und Seelsorgestellen in höherem Maße als bisher im Wege der Gesetzgebung zu sichern.

Bezüglich der sozialen Frage wird beantragt: „Die steigende Anerkennung, welche die bisherige Thätigkeit der Gewerbevereine zur friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse, besonders ihre Wirksamkeit als Einigungsämter, gefunden hat, giebt Anlaß zu dem dringenden Wunsche, daß thätlich in allen Industriegegenden Gewerbevereine eingerichtet werden, daß die christlichen Arbeiter überall sich an den Gewerbevereine-Wahlen durch Wahl christlicher Arbeitervereine eifrig betheiligen und daß die Gewerbevereine mehr als bisher durch Abfassung von Gutachten an staatliche und kommunale Behörden, wie vornehmlich durch die ihnen zustehende Thätigkeit als Einigungsämter zur Verhütung oder friedlichen Beilegung von größeren Arbeitsstreitigkeiten wirken und sich so immer mehr als soziale Friedensstümpfe bewähren.“

Eine weitere Resolution spricht der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages für die umsichtige und energische Vertretung der Interessen der Arbeiter Dank und Anerkennung aus, insbesondere für die Vertheidigung des freien Koalitionsrechtes und für die andauernden Bemühungen zur Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, welche eine wirksame Vertretung der Standesinteressen der Arbeiter ermöglichen.

Dieselbe begrüßt die Bestrebungen der christlichen Arbeiter, sich in Fachverbänden oder Gewerbevereinen auf dem Boden der christlichen Grundsätze und gesetzlichen Ordnung, gemäß den Weisungen der päpstlichen Arbeiter-Encyklika, zur Wahrung ihrer berechtigten wirtschaftlichen Interessen zu vereinigen.

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Krefeld giebt zur Erwägung, ob es nicht dringend wünschenswert sei, daß in Deutschland möglichst bald eine oder mehrere religiöse Genossenschaften nach dem Vorbilde der von Don Bosco in Italien gegründeten „Salesianer“, besonders zum Besten der Handwerker und Arbeiter, ins Leben treten möchten.

Eine Reihe von Anträgen bezieht sich auf die Presse. Es wird beantragt:

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands giebt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der immer weiter um sich greifenden Unsitlichkeit gegenüber dem Reich den Gefahren, welche der Sittlichkeit durch Herstellung und Verbreitung von Druckschriften und Abbildungen, durch öffentliche Ausstellung und Anklündigung von zu unsittlichem Gebrauche bestimmten Gegenständen, durch unsittliche Darstellungen und Schaustellungen drohen, auf dem Wege der Gesetzgebung entgegenzuwirken hat und dankt der Zentrumsparthei für die wiederholte Einbringung eines auf eine Verschärfung und Erweiterung der Strafbestimmungen abzielenden Gesetzesentwurfes.

Da in öffentlichen Schaustellungen, besonders in Theaterdarstellungen, die katholischen Anschauungen über Glauben und Sittlichkeit gar oft verletzt werden, erachtet es auch die fünfundvierzigste Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wie bisher als eine Pflicht der katholischen Presse, das katholische Publikum in kluger Weise auf den Inhalt solcher Aufführungen aufmerksam zu machen, damit einerseits dieselben von den maßgebenden Personen abgestellt, bezw. abgeändert werden und anderseits der katholische Leser sich ein Urtheil bilden kann, ob er oder seine Familienangehörigen denselben beizubehalten können oder nicht.

Ein fernerer Antrag empfiehlt Beschränkung der Berichte über Gerichtsverhandlungen. — Nachträglich sind noch folgende Anträge eingegangen:

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands beklagt tief, daß der Gang nach öffentlichen Vergütungen und Luibarbeit in der Frauenwelt zum größten Schaden der Familie weite Kreise erfährt hat. — Sie erachtet die katholischen Frauen und Männer, diesem immer weiter greifenden Uebel kräftig entgegen zu arbeiten und empfiehlt namentlich den Vereinen, welche die Sorge für die weibliche Jugend sich als Aufgabe gestellt haben, bei ihren Mitgliedern die Liebe zur Hauslichkeit zu pflegen, und öffentliche Festlichkeiten gleich den Männer-Vereinen nicht zu veranstalten.

Die Generalversammlung empfiehlt wiederholt aufs dringendste die Gründung und weitere Ausbildung von Bauernvereinen auf christlicher Grundlage und die Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften, insbesondere von ländlichen Darlehnskassen.

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erachtet als das beste Mittel zur Gewinnung und Erhaltung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung die beharrliche Fortführung der Sozialreform im Sinne der Rundschreiben unseres heiligen Vaters, des Papstes Leo XIII. und der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 zum Schutz und zur Förderung aller arbeitenden Klassen unseres deutschen Vaterlandes. Die Generalversammlung spricht der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages und der einzelnen Landtage den wärmsten Dank aus für die thätigste energische Förderung der sozialen Reformgesetzgebung und richtet gleichzeitig an alle katholischen Männer die dringende Bitte, die Sozialreform auch in ihrem Kreise mit Wort und That zu fördern.

Das Abwandern der ländlichen Bevölkerung in die Städte und Industriebezirke ist im Interesse der Landwirtschaft, sowie in allgemeiner sozialer Beziehung zu beklagen. Um diese Entwicklung einzuschränken, ist in erster Linie die Wohlfahrt der Bevölkerung auf dem Lande nach den verschiedensten Richtungen hin zu fördern und empfiehlt die Generalversammlung alle dahin zielenden Bestrebungen zu unterstützen.

1. Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erklärt es als eine dringende Nothwendigkeit, Berufsverbände der Arbeiter auf christlicher Grundlage zu gründen und zu fördern.

2. Die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt zwecks Studium und praktischer Lösung sozialer Fragen die Gründung sozialer Konferenzen.

Die 45. Generalversammlung deutscher Katholiken empfiehlt die Gründung einer Vereinigung zur geistigen und leiblichen Fürsorge für Kellner und ähnliche Angestellte, zur

Verhinderung ihrer Ausnutzung und Verwahrlosung in Gasthöfen und Wirtschaften, sowie zur Geltendmachung des Rechtes der im Gasthofs- und Wirtschaftsbetriebe Angestellten auf Befriedigung des Gottesdienstes und auf die nöthige Erholung.

Die 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands empfiehlt dringend, allenfalls den arbeitenden Jugend erhöhte Sorgfalt zu widmen, besonders durch Gründung und Pflege von Vereinigungen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter womöglich mit eigenen Vereinsbüros, unter Zusammenfassung der verschiedenen Vereinigungen zu festen Diözesan-Verbänden.

Krefeld, 21. August. Zu der 45. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands sind zahlreiche katholische Arbeitervereine eingetroffen. Nachmittags 3 1/2 Uhr bewegte sich ein Festzug derselben vom Karlsplatz aus nach der Festhalle auf Driessenhof. Im Zuge befanden sich 80 Vereine mit ihren Fahnen und zehn Musikcorps. Um fünf Uhr trat der Zug in der Festhalle ein, wo eine Festversammlung stattfand, an welcher etwa 13 000 Arbeiter (??) theilnahmen.

Krefeld, 22. August. Der Präsident des Lokalkomitees Dr. Wilhelm Ulfes begrüßte die Versammlung, an der gegen 2500 Personen aus allen Theilen Deutschlands und vom Auslande theilnahmen. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Zum ersten Vorsitzenden wurde gewählt der bayerische Kammerherr Karl Freiherr von Freyberg-Eisenberg, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Stephan-Beuthen und zum zweiten Vizepräsidenten Kaufmann Dorfmann-Besel. Bei der Ausschikwahl wurde Prinz Arenberg für die Missionen und Prälat Huelstump-Künster für die Presse gewählt. Sodann erfolgte die Aushändigung von Jubiläumstelegrammen an den Kaiser und an den Papst.

### Partei-Nachrichten.

**Preussische Landtagswahlen.** Der Beschluß der Kreis-Konferenz für Brandenburg-Westhaveland lautet wörtlich: „Die Konferenz beauftragt die Betheiligung an der Landtagswahl unter folgenden Bedingungen:

1. Aufstellung eigener Wahlmänner.
2. Unterstützung freiwiliger Wahlmänner, wo uns keine Wahlmänner zur Verfügung stehen.

Die Kreis-Konferenz wählt eine fünfgliedrige mit dem Rechte der Repräsentation ausgestattete Kommission, welche baldmöglichst eine Spezial-Konferenz für den Landtags-Wahlkreis Brandenburg-Westhaveland-Bauz-Velzig einzuberufen, den Wahlmodus dazu festzusetzen und alle dazu nothwendigen Vorlagen vorzubereiten, sowie das Material dazu zu schaffen hat.

In diese Kommission wurden die Genossen Reued, Simon, Sidow, Koch und Ehard gewählt.

Ferner beschloß die Konferenz, aus ihrer Mitte drei Delegirte zu der am nächsten Sonntag in Weider stattfindenden Konferenz für den Wahlkreis Bauz-Velzig-Jüterbog-Luderswalde zu entsenden, welche vorstehende Resolution dort vertreten sollen. Bestimm hierzu wurden die Genossen Koch, Reued und Kraisch.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Burgstädt, S. wurde in den Redaktionslokalitäten der „Volksstimme“, sowie in der Wohnung des Redakteurs Schöpflin und des Druckers Landgraf eine Hausdurchsuchung nach dem Manuskript eines Artikels vorgenommen, der die Publikation des abgeänderten Vereinsgesetzes betraf. Die Hausdurchsuchung war natürlich erfolglos.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Klempner, Kupferschmiede!** Die zu heute Abend in den Anninhallen angelegte Versammlung findet, da der Streit bei der Firma Berede inzwischen durch Vergleich beigelegt ist, nicht statt. Der Vertrauensmann.

**Achtung, Steinarbeiter Berlin!** Alle diejenigen Steinmehnen, welche glauben, noch ein Anrecht auf den von der Behörde bei der aufgelösten Junung beschlagnahmten Unterstützungsfonds in Anspruch zu haben, werden ersucht, baldmöglichst sich beim Vertrauensmann der Berliner Steinarbeiter Sektion I, A. Kleinert, Schönberg, Sedanstraße 11/12, zu melden, mit der Verfügung, wann sie erkannt sind und wie lange die Krankheit dauert resp. besteht.

**Achtung, Vergolder!** Die Wiener Kollegen befinden sich im Kampfe um den Reinstudententag. Ein großer Theil der Unternehmer hat die Forderung erfüllt, bei einem andern Theil ist das nicht ausgefallen. Falls es zur Arbeitseinstellung kommen sollte, wird es an der Solidarität der deutschen Kollegen sicher nicht fehlen. Vorerst ist nothwendig, daß der Zuzug nach Wien streng ferngehalten wird. Lasse sich auch durch die verlockenden Anerbietungen kein deutscher Kollege verleiten, unseren Wiener Kollegen in den Rücken zu fallen. Im Auftrage des Hauptvorstandes: W. Schnorre, Chaussee 48.

#### Deutsches Reich.

**Der Zentralverband deutscher Bädervereine „Germania“** geht jetzt für die nothleidenden Hamburg-Altonaer Bädermeister mit dem Klingelbeutel umher. Besagter Verband ersucht unterm 17. dieses Monats einen Aufruf zum Sammeln an die gesammte deutsche Kollegenchaft. Es heißt darin: „In Hinsicht darauf, daß, wenn die Kollegen in den beschrifteten Orten unterliegen, der Boykott dann auf andere Orte und zuletzt auf ganz Deutschland übertragen werde, liegt es im eigenen Interesse der ganzen deutschen Kollegenchaft, die bedrängte Hamburg-Bädermeisterei durch reichliche Geldmittel widerstandsfähig zu machen, damit der Kampf auf seinem Herd beschränkt bleibe und mit vollständiger Niederlage der Angreifer ende. Dieser Vorstoß sei nicht ein Kampf der Bädergefellten gegen die Meister, sondern ein Kampf der Sozialdemokratie gegen das Bürgerthum. Man habe bisher eine öffentliche, allgemeine Sammlung vermieden, doch sei die Zentralkasse nicht mehr im Stande, in diesem Kampfe, dessen Ende noch gar nicht abzusehen, Hilfe zu gewähren. Die Obermeister sämtlicher deutscher Bädervereine werden deshalb ersucht, nicht nur bei ihren Junungsmitgliedern, sondern überall, wo es angebracht erscheine, schleunigst Sammlungen zu veranstalten.“

### Spanien und Amerika.

Aus Madrid, 20. August, wird gemeldet: Im heutigen Ministerrath verlas der Marineminister einen langen Bericht des Admirals Cervera über die Seeschlacht bei Santiago, derselbe wird dem obersten Kriegsgericht unterbreitet werden. Die Kommission für Portorico werde sich zusammensetzen aus dem Schiffskapitän Villarino und den Generalen Ortega und Sanchez del Aquila. Ueber die Haltung des Marschalls Blanco erklärte ein Minister, die Haltung desselben sei friedliebend gewesen. Der Minister bemerkte weiter, die Räumung Kubas werde eine lange Zeit in Anspruch nehmen. Das Protokoll lege nur fest, daß die Arbeiten der Kommission betreffend die Räumung zehn Tage nach Unterzeichnung beginnen sollen, doch sei kein Zeitpunkt für die Beendigung der Arbeiten angegeben. Die Arbeiten der Kommission in Paris, deren Mitglieder noch nicht ernannt sind, werden nach dem Schluß der Kammer beginnen. Der Kriegsminister erklärte, er habe von den Philippinen keine Nachricht erhalten und General Rios, der Kommandant der Visayas-Inseln habe nicht einmal den Empfang der Nachricht von der Unterzeichnung des Präliminar-Protokoll angezeigt. Keine Telegramme werden abgesandt werden. Man erwarte, daß das Kabel nach Manila wieder hergestellt werde. Der Ministerath beschäftigte sich sodann mit der Aushändigung des General-Kapitäns der Kanarischen Inseln, die ausschließlich aus Dienstpflichten erfolgt sei. Schließlich dementirte der Finanzminister lateinisch das Gerücht, daß die Regierung eine Rentensteuer-Vorlage einzubringen beabsichtige.

Die Presse, namentlich der „Heraldo“, rath der Regierung, sie solle suchen, den wirtschaftlichen Verhältnissen mittels spanischen Kapitals zu Hilfe zu kommen, statt sich an fremdes Kapital zu wenden. Angebote seien sicher vorhanden, aber diese Art von Anleihen seien drückender.

Die der „Agence Havas“ aus Madrid gemeldet wird, erklären dortige unterrichtete Kreise die Nachrichten vom Auftreten karlistischer oder republikanischer Bänder für vollkommen unbegründet. Unwichtige Ereignisse würden unverhältnismäßig aufgetrieben. In Spanien herrsche vollkommene Ruhe. Don Carlos habe seinen Parteigängern jedes aufrührerische Vorgehen unterlagt. Die Republikaner seien durch Spaltungen zur Ohnmacht verurtheilt.

Aus New York, 20. August, wird telegraphirt: Die Flotte Sampson's ist hier mit größter Begeisterung empfangen worden. Alle Schiffe passirten solitäre das Grubalbrant's und fuhren dann fromaufwärts nach Comptonsville. Der Strom und die Bai waren von zahllosen Fahrzeugen belebt; eine ungeheure Menschenmenge drängte sich auf den Quais und selbst auf den Dächern der Häuser. Die zahlreichen Batterien schossen Salut, die Gloden in der Stadt läuteten. Am Ufer und auf den Schiffen ertönten die Klänge der Nationalhymne, in welche das Volk in patriotischer, leidenschaftlicher Begeisterung einstimmt. Alle auf dem Strom liegenden Schiffe tragen herrlichen Flaggenhimmel, besonders zeichnet sich hierin der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm II.“ aus. Das Stadtoberhaupt von New-York begab sich an Bord des Admiral-Schiffes und überbrachte Sampson und seinen Offizieren die Ernennung zu Ehrenbürgern der Stadt New-York.

Die Meldung, daß die amerikanische Regierung ein imponantes Gesandneth nach Europa senden werde, bestätigt sich. Dasselbe wird englische und französische Häfen anlaufen und den Winter im Mittelmeer verweilen.

**Die Beziehungen zwischen den Amerikanern und den Insurgenten** erfahren von Tag zu Tag eine Verschlimmerung. In Ponce sind die Kaufleuten der Spanier, welche seit der Unterzeichnung des Friedensprotokolls geöffnet waren, wieder geschlossen worden, weil man deren Klünderung befürchtete. Die Insurgenten stehen aber auch zu den Spaniern in größter Feindschaft und haben geschworen, sich an ihnen zu rächen. Seitens der Behörden wird das Mögliche gethan, um Leben und Gut der Spanier zu schützen.

Auch sonst kommen noch Feindseligkeiten vor. Nach einer Depesche aus Matanzas schlug eine spanische Schwadron die Aufständischen bei Loma de San Adrian; der Führer der letzteren Nachado wurde getödtet.

Die amerikanische Regierung hat soeben den neuen Zolltarif für Cuba veröffentlicht. Die spanischen Minimalsätze sind, wie der „Konfekt“ erfährt, größtentheils beibehalten worden. Die Zöllesteuer ist von 20 auf 10 Cents pro Tonne ermäßigt und die 5 Cents-Exportsteuer pro Tonne Eisenzug ist abgeschafft worden. Importe von den Vereinigten Staaten sind in gleicher Weise zu verzollen wie die aus anderen Staaten, doch sind die jetzt für Importe aus den Vereinigten Staaten zu erhebenden Zölle bis 50 pCt. geringer als diejenigen, welche von der spanischen Regierung erhoben wurden. Die wichtigste Aenderung befindet sich in den Sätzen für Tabak.

**Der Handel der Philippinen.** Es ist nun der letzte Bericht des Konsuls der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Oscar J. Williams in Manila, vom 28. Februar 1898 bekannt geworden, der die kommerziellen Ansprüche Nordamerikas auf diese Inselgruppe enthält. Die wichtigsten Exportprodukte derselben sind: Manihafan, Zucker und Tabak. Von Hanf und Zucker betrug der Werth der Ausfuhrmengen in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 18 Mill. Dollars, wovon die Hälfte nach Nordamerika via San Francisco ging. Geringer ist bisher die Bestimmung der anderen Exportartikel, wie Tabak, Kaffee, Indigo, Kolosmuhnerne und Kautschuk, größtentheils London, Hamburg und spanische Häfen. Unter dem neuen Regime dürfte sich aber die Verlehrsrichtung der exportirten Waaren von den Philippinen bedeutend ändern, umso mehr, als der außerordentlich große Reichtum an Metallen noch vollständig unausgeschöpft ist.

Ueber die Philippinen liegen ferner noch die folgenden Meldungen vor:

Die Kabelverbindung mit Manila ist wieder hergestellt. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Manila vom 18. d. M. gemeldet wird, betrug der Gesamtverlust der Amerikaner vor Manila 46 Tödtet und 100 Verwundete; auf Seiten der Spanier wurden 200 getödtet und 400 verwundet.

Ein Telegramm des stellvertretenden Generalgouverneurs der Philippinen General Zambrano vom 20. August meldet, er habe die Depesche der Regierung über die Unterzeichnung des Friedensprotokolls nicht erhalten. Der General fügt hinzu, die Insurgenten hätten fort, die spanischen Truppen anzugreifen. Das Telegramm nimmt ferner auf frühere Meldungen Bezug, welche Einzelheiten über den Fall Manilas enthielten. Man vermutet, daß diese Meldungen, welche nicht eingetroffen sind, von den Amerikanern abgefangen wurden.

Die Amerikaner haben große Schwierigkeiten, das Eindringen der Rebellen in die Stadt zu verhindern. Verdächtige dürfen nach Ablieferung der Waffen die Stadt betreten. Fünf Rebellen, welche Wohnungen von Spaniern gecländert hatten, wurden erschossen. Die Insurgenten behaupten, sie seien im Stande, jeder Nation die Befreiung der Insel unmöglich zu machen.

Dem „Londoner „Observer“ wird aus Madrid gemeldet: In spanischen Regierungskreisen wird geglaubt, daß die Unionsregierung nicht geteilt sei, die ganzen Philippinen zu annektieren und nur eine Kolonisation beanspruchen werde. Ueberdies wolle die spanische Regierung die Kapitulation von Manila annulliren, weil diese nach Unterzeichnung des Friedensprotokoll erfolgt.

Das wird den Spaniern sehr wenig nützen.

**Der Krieg und die Waarenpreise.** Der Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten ist im Monat April ausgebrochen. Thatsächlich ersieht man aus den vorangeführten Ziffern, daß im April und Mai eine Erhöhung der durchschnittlichen Waarenpreise eingetreten ist, zu welcher allerdings damals in erster Linie die sprunghafte Steigerung der Getreidepreise beigetragen hat. Seitdem sind die Waarenpreise wieder zurückgegangen, sie stehen aber noch immer höher als zu Beginn des Jahres und als im Durchschnitt der letzten Jahre seit 1893. Abgesehen von den Getreidepreisen, sind auch die Preise des Fleisches, Eisens, Kupfers und Jindes höher. Endlich haben auch die Kohlenpreise infolge des langandauernden Streites der englischen Kohlenarbeiter angezogen. Im Durchschnitt der gegenwärtig die Nahrungsmittel um 2 pCt., die Preise des Rohmaterials um 4 pCt. höher als am Schlusse des Vorjahres.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

**Hamburg, 22. August. (W. T. B.)** Zwischen dem der hiesigen Firma H. J. Verbad u. Co. gehörigen Dampfer „Hamburg“ und dem englischen Dreimastschoner „Catherine“ fand Sonntag früh 45 Seemeilen von London ersterst in dichtem Nebel ein Zusammenstoß statt, bei welchem „Catherine“ sofort sank. Von der aus neun Personen bestehenden Mannschaft konnten nur der Steuermann und der aus Leipzig stammende Schiffsjunge Wille gerettet werden; die übrigen sieben ertranken. Von der Mannschaft der „Hamburg“ wurde ein Matrose durch Herabfallen eines Theiles der Takelung getödtet.

**Laibach, 22. August. (W. T. B.)** Antideutsche Studenten überfielen neuerdings deutsche Studenten auf offener Straße und bedrohten dieselben in lebensgefährlicher Weise. Die Deutschen konnten sich nur mit Mühe in ein Kaffeehaus retten. Die Polizei traf zu spät ein.

**Florenz, 22. August. (W. T. B.)** Das Kriegsgericht verurtheilte den Deputirten Vescecci wegen Theilnahme an den Unruhen im Mai in contumaciam zu 10 Jahren Zuchthaus und dauernder Unfähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden.

**Madrid, 20. August. (W. T. B.)** Die Nachricht des New-York Herald „Primo de Rivera sei ermordet worden,“ entbehrt der Begründung. Rivera befindet sich wohl.

Kommunales.

In dem Verwaltungsbericht des Magistrats zu Berlin wird über den Verlauf des mit den Rettungsgesellschaften...

Die Unterhaltung der städtischen Park-, Garten- und Baum- anlagen erforderte 1898/97 den Betrag von 617 472 M., das heißt 26 921 M. mehr als im Etat angelegt...

In der Sitzung der städtischen Stiftungsdeputation machte der Vorsitzende derselben, Stadtrath Marggraf, die Mitteilung, der Kaiser habe die von der Frau Geh. Kommerzienrath Schwabach...

Lokales.

Der Kampf gegen die Aufstellung weiblicher Aerzte zur Ausübung der sogenannten Sittenkontrolle wird in der „Berliner Aerzte Korrespondenz“ ungeschwächt fortgesetzt.

Die Polizei-Aerzte, welche das Amt bisher innegehabt haben, haben mit großer Gewissenhaftigkeit und mit regen wissenschaftlichen Eifer sich der unabweisbaren Aufgabe gewidmet.

Die Angelegenheit zeigt indes auch noch anderer Richtung ein erstes Gesicht. Zum ersten Mal sollen weibliche Aerzte aus Gründen, die nicht durch wissenschaftliche Indizien oder praktische Erfahrungen bedingt sind...

Aus all diesen Gründen halten auch wir, mit der Redaktion d. Bl., ein energisches Vorgehen für geboten und ein laisses aller für gefährlich. Sollte sich die Nachricht d. Bl. bewahrheiten, woran wir, offen gesagt, vom Standpunkte der Erleuchtung unserer höheren Sphären, noch immer zweifeln, so würde es Aufgabe der Kammer sein, die geeigneten Schritte zu ergreifen.

Engherziger kann sich der Standesdünkel bei Beurteilung der Stellung der Frau kaum breit machen und mit so „wundigen“ Argumenten kämpft das Junggelehrtentum unter den Aerzten...

Berliner Brotpreise. Nach den Ermittlungen des Berliner Statistischen Amtes, vorgenommen in 34 in den verschiedenen Stadtteilen gelegenen Bäckereien, war im Juni 1898 (1897, 1896, 1895) der Durchschnittspreis für ein Kilogramm Roggenbrot...

In unserer Mitteilung über die Gefährlichkeiten in der Akkumulatorenfabrik in der Reichendörferstraße wird uns geschrieben: Die Darlegung der Zustände in diesem Betriebe zeigt, wie von manchen Arbeitgebern die gesetzlichen Bestimmungen befolgt werden...

Der Oberwärter einer Irrenanstalt, die in einem Vorort Berlins gelegen ist, ist unter der Aufsicht der Justiz, den Tod eines seiner Obhut anvertrauten Patienten verschuldet zu haben...

schreibt vor, daß den Arbeitern Arbeitsanzüge und Mägen in ausreichender Zahl und zweckentsprechender Beschaffenheit zur Verfügung gestellt werden und daß die eigenen Kleider der Arbeiter vor Beginn der Arbeit abgelegt werden sollen...

Röntgen-Zimmer in den Berliner städtischen Krankenhäusern. Die Deputation für städtische Krankenanstalten und öffentliche Gesundheitspflege hatte bereits in ihrem letzten Bericht die Frage der Einrichtung von Röntgen-Kabinetten bei der Besprechung der Verhandlungen...

Die Berliner Steinseher-Innung konnte von uns schon mehrfach als Beweis dafür angeführt werden, daß die zünftigen Handwerkermeister selbst da, wo sie im Stande sind, geordnete Zustände im Gewerbeleben zu schaffen...

Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft läßt ihre Kabellegungen in Entreprise von der Aktiengesellschaft für Bauausführungen ausführen. Letztere hatte die hierbei vorkommenden Pfisterarbeiten dem Steinsehermeister S. übergeben...

Für die auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 zur Ausstellung gelangenden Gegenstände deutscher Aussteller hat die Verwaltung der preussischen und hessischen Staatsbahnen fest bestimmt, daß solche Gegenstände, wenn sie nicht in Frankfurt verkauft, sondern nach dem deutschen Ausgangsorte wieder zurückgeführt werden sollen...

Die Robheit, mit der zureisende Handwerker in der „Herberge zur Heimat“ in der Oranienstraße verschiedene vom Hausknecht behandelt wurden, haben und wiederholt Veranlassung gegeben, das Verhalten des jeweilig dort gebliebenen Regiments zu lenzgebunden. Am Freitag Abend vergangener Woche wurden wiederum drei Personen, darunter der Tischler S., nach der belannten, in diesem „christlichen“ Institut oft angewendeten Methode an die Luft gesetzt...

Feuer auf dem Ostbahnhof. Durch einen großen Brand wurde am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr 51 Minuten die Feuerwehre in den Remelerstraße nach dem Ostbahnhof gerufen, wo aus einem am Ende der Halle belegenen, etwa 120 Schritt langen Schuppen helle Flammen über hundert Fuß emporstiegen...

Feuer auf dem Ostbahnhof. Durch einen großen Brand wurde am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr 51 Minuten die Feuerwehre in den Remelerstraße nach dem Ostbahnhof gerufen, wo aus einem am Ende der Halle belegenen, etwa 120 Schritt langen Schuppen helle Flammen über hundert Fuß emporstiegen...

Feuer auf dem Ostbahnhof. Durch einen großen Brand wurde am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr 51 Minuten die Feuerwehre in den Remelerstraße nach dem Ostbahnhof gerufen, wo aus einem am Ende der Halle belegenen, etwa 120 Schritt langen Schuppen helle Flammen über hundert Fuß emporstiegen...

burg aufgestellt. Der Gedölte ist der Invalide Paul Glauert, dessen Angehörigen in der Adlerstraße 91 wohnen. Der Mann war Hofleger und arbeitete als folder im Admiraalgartenbad, bis er vor sechs Jahren infolge von Erkältung an der Rückenmarksschwindsucht erkrankte. Anfang Juli wurde der Patient toblich und wurde auf Anordnung der Kreispolizei nach der städtischen Anstalt in Dalldorf gebracht...

Folgende aufsehenerregende Geschichte bringt die „Berl. Ztg.“: Ein sensationeller Prozeß, über den uns bis zum Redaktionschluss von anderer Seite leider kein Bericht zugegangen war, bildete heute, Sonnabend, an der Börse den Gegenstand der intimen Unterhaltung. Es handelt sich dabei um eine Verleumdungsklage, die der in einflussreicher Stellung befindliche Handelsredakteur einer diesigen Zeitung angestrengt hatte...

In einem Raub zwischen einem Schuhmann und einem Verbrecher kam es am Sonntag Abend gegen 8 Uhr in der Wohnung des Letzteren. Der 23jährige Karl Mayerholz, der bei einer Frau Dreß in der Stubenrauchstr. 12 zu Schöneberg wohnte, stand im Verdacht eines gefährlichen Kinderfreundes...

In unliebsamen Szenen kam es am Sonntag Abend auf den Vorort-Bahnhöfen der Nordbahn infolge des starken Massenverkehrs, welchen die Bahverwaltung nicht zu bewältigen vermochte. Mit stets überfüllten Zügen, die in Abständen von 10 Minuten verkehrten, wurden an nahezu 50 000 Personen nach den an der Bahnstrecke belegenen Stationen befördert...

Mit aufgeschlitztem Leib wurde am Sonntag Vormittag der 26 Jahre alte Fleischergehilfe Fritz Dittmann in die königliche Klinik in der Fiegelstraße eingeliefert. Er war bei dem Meister Schilddach in der Buttwerferstr. 9 beschäftigt und schälte mit einem scharfen Messer von einem an einem Haken im Keller hängenden Stück Vieh das Fleisch von den Knochen ab...

Feuer auf dem Ostbahnhof. Durch einen großen Brand wurde am Sonntag Nachmittag um 2 Uhr 51 Minuten die Feuerwehre in den Remelerstraße nach dem Ostbahnhof gerufen, wo aus einem am Ende der Halle belegenen, etwa 120 Schritt langen Schuppen helle Flammen über hundert Fuß emporstiegen...

Sobald darauf mitgenommen, daß sie nach einer kurzen Behandlung durch die Samariter in einer Droschke nach Hause gebracht werden mußten. Durch das Feuer aus dem nur wenige Meter entfernt gelegenen Schuppen waren sowohl die eisernen Träger der Halle mit ihren eisernen Verzierungen zum großen Theil geschmolzen, als auch die die Wohnungen abschließende Mauer so mitgenommen, daß sie wahrhaftig abgerissen werden mußte. Das geschmolzene Eisen war in die Halle hineingetrieben und hatte hier große Mengen Meile, die von dem Feuertagehändler Simon Böhm aufgespeichert dalag, entzündet. Auch hier mußte die Wehr schleunigst eingreifen. Obgleich der Brand auf seinen Herd beschränkt blieb, so sind doch die Fenster und Thüren des anstoßenden Bahnhofs-Gebäudes ausgebrannt, ja sogar infolge der Hitze die Fenster auf der gegenüberliegenden Seite der Straße an der Ostbahn teilweise zertrümmert. Um 7 Uhr rückte Lösungs-Mannschaft an, die vom Branddirektor Siersberg für die Nacht angestellt wurden. Immer wieder schlugen aus der innerlich glühenden Masse des niedergelegten Schuppens helle Flammen empor. Die völlige Ablösung des Feuers wird daher wohl erst im Laufe des Tages erfolgen können.

Die Brandstelle wurde auch am Montag noch von den Jägern 7 und 11 besetzt gehalten. Aus den Papierstücken sowie aus der Meile und dem Koru schlagen noch ab und zu Flammen auf. Der Meister des Schuppens läßt das Lager unter Aufsicht der Feuerwehre ausräumen. Bezüglich der Entschädigung ist jetzt durch Zeugen ermittelt, daß Knaben in der Nähe des Schuppens mit Feuer gespielt haben. Sonach ist die Feuersbrunst auf fahrlässige Brandstiftung zurückzuführen. Die Thäter sind nicht bekannt. Der Schuppen ist übrigens bereits früher als feuergefährlich bezeichnet worden; die Eisenbahnbehörde hat sich aber nicht entschließen können, ihn zu entfernen.

**Begabte, aber arme Gemeindegänger** können auf städtische Kosten einer städtischen höheren Lehranstalt überwiesen werden. Die Zahl der Gemeindegänger, denen diese Vergünstigung zu Theil wird, ist aber nur sehr klein. Sie war auch eine Reihe von Jahren hindurch fast im Niedergange. In neuester Zeit ist sie zwar wieder etwas gestiegen, aber die Zunahme ist noch nicht bedeutend. Ende März 1897 gab es auf den städtischen höheren Lehranstalten, wie aus dem neuesten Haupt-Verwaltungsbericht des Magistrats ersichtlich ist, 120 solcher Schüler. In den Vorjahren, von 1896 zurück bis 1890, wurden 111, 96, 103, 130, 133, 140, 177 gezählt. Ueber die Ursachen des in der ersten Hälfte der 90er Jahre beobachteten Niederganges findet sich kein Anhalt in den früheren Berichten. Vielleicht hängt jener Niedergang damit zusammen, daß die Erschwerung des Erwerbes und der Existenz damals im Zunehmen begriffen war; denn die Ueberweisung eines Gemeindegängers an eine höhere Lehranstalt legt den Eltern trotz der Befreiung von der Schulgeld-Zahlung schwere Opfer auf, da sie ja den Lebensunterhalt für den Jungen nun noch über das 14. Jahr hinaus beschaffen müssen. Es ist behauptet worden (vor längerer Zeit in einer Versammlung der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“), daß aus diesem Grunde den Eltern begabter Gemeindegänger gelegentlich von den Lehrern selber widersprochen wird, für ihre Kinder um die Ueberweisung an eine höhere Lehranstalt zu bitten. Die Erfahrungen, die mit diesen Jungen gemacht worden sind, können allerdings niemand dazu ermutigen. Wir haben früher einmal an der Statistik der von 1876-90 aus Gemeindegängern abgenommenen Freischüler gezeigt, daß ein großer Theil von ihnen schon aus den unteren und mittleren Klassen wieder abgegangen ist. Man wird kaum schlagender, wenn man annimmt, daß hierbei oft die wirtschaftliche Lage der Eltern von bestimmendem Einfluß gewesen ist. Um einen Jungen bis zum 18. oder 20. Jahre die Schule besuchen zu lassen, dazu muß man in der That schon einen gewissen Grad von Wohlstand besitzen.

**Straßenverengung.** Die Künsterstraße von der Kurfürstenstraße bis zum Kurfürstendamm wird behufs Asphaltierung vom 24. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Unfälle.** Der Arbeiter J. erhängte sich in seiner Wohnung in der Franzfurter Allee, nachdem ihn seine Frau vor einigen Tagen wegen Trunksucht und Arbeitslosigkeit unter Mitnahme der Kinder verlassen hatte. — Auf dem freien Felde an der Buchstraße und dem Korbuser wurde der obdachlose Arbeiter J. sterbend aufgefunden und nach eingetretenem Tode in das Schauhause gebracht. — Durch ungehöriges Nachfahren wurden abends zwei schwere Unfälle verursacht: In der Badstraße überfuhr mit einem Tandem der 19 Jahre alte Mechaniker Bode und der ebenso alte Schreiber Weigt die Frau des Kohlenhändlers Stanold, die eine schwere Kopfverletzung erlitt, und in der Dragonerstraße überfuhr der übermäßig schnell und ohne Warnungszeichen fahrende Schloffer Haad die Wittve Fabian, die dabei mehrere Knochenbrüche erlitt. — Montag Vormittag vergiftete sich mit Chancali die Frau des Stellners K. in Schöneberg. Sie war unheilbar unterleibsliegend. — Im Landwehrkanal in der Nähe der Freiarche wurde nachmittags die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes gefunden. Inzweifelhaft liegt Selbstmord vor. — Auf dem Hofe des Grundstücks Dunsferstraße 18 fand nachmittags eine Schlägerei statt, wobei der 17-jährige Köcher Paul Fied die Schlofferfrau Martha Wagner, geb. Raaf, und deren Bruder, den Steinmetz Wilhelm Raaf, durch Messerstiche schwer verletzte. Der Thäter wurde verhaftet. — Gestern Sonntag erkrankt ein 21-jähriger Kaufmann bei dem Versuch, den Kaisersee zu durchschwimmen. — Am 18. d. M. ist die 34 Jahre alte Schlofferfrau Auguste Hellwald, die von ihrem Mann getrennt lebt, ihren Dienst in der Reichenerstraße verlassen hatte und wohnungslos war, ins Wasser gegangen. Sie sprang am Sonntag Nachmittag in den Landwehrkanal, wurde von einem jungen Mann gerettet und von einem Schuttmann der Charitee geführt. — Der künftige Trinkhaus wurde vor dem Hause Potsdamerstr. 93a von der elektrischen Bahn angefahren. Durch den Anprall stieg der Aufseher von seinem Sely, die jungen Pferde wurden schon und überfahren den unter den Wagen gerathenen Trinkhaus. Mit schweren Verletzungen am Kopf und an beiden Beinen mußte er nach einem Krankenhause befördert werden. — Das 18 Jahre alte Mädchen Margarethe Wöfel, beschäftigt im Kaffeehandel von Link in der Charlottenstraße, nahm sich durch Ertränken das Leben, weil sie um ihre Ersparnisse im Betrage von 125 M. betrogen worden war.

**Feuerbericht.** Ein Stadtbrand an der Eisenbahnbrücke verursachte Sonntag Abend nach 9 Uhr in Schöneberg, Zimmerstraße, die Möbel und Gardinen zerstörten, waren abzulösen Calvinstraße 3, Parochialstraße 87 und Paulstraße 31. Zwei weitere Zimmerbrände wurden im Laufe des Monats beseitigt, und zwar Grenadierstraße 9 und Potsdamerstraße 87. Auch zwei Preklosterbrände sind wieder zu verzeichnen und zwar v. d. Heydstraße 4 und Witzstraße 60.

### Aus den Nachbarorten.

**Wilmerdorf.** Heute Abend 8 Uhr findet im Seelschloßchen in der Kaiser-Allee eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen statt, in der H. Hoffmann über „Glaube und Unvertrauen“ referiren wird. Am zahlreichem Besuch bittet Der Vertrauensmann.

**In Schmargendorf** findet am Mittwoch im Lokal von Vater, Wartenindefstraße, eine Versammlung statt, auf die wir hiermit noch einmal aufmerksam machen.

**Recht erbauliche Vorkommnisse** spielten sich am Sonntag auf der Vogelwiese in Tempelhof ab, woselbst sich die uniformirten Kriegervereine Berlins sowie die freiwillige Sanitätskolonne zur Feier des Tages der Schlacht von St. Privat sich ein Stellbischen gegeben hatten. Die Sanitätskolonne hatte augenscheinlich nicht erwartet, daß sie berufen sein würde, in „Aktion“ zu treten, denn als ihre Hilfe in Anspruch genommen wurde hinsichtlich der Verwundung eines kleinen Mädchens, da stellte sich heraus, daß die Sanitätskolonne keinerlei Verbandzeug bei sich führte. Erst nach langem Suchen wurde ein Helfergehilfe entdeckt, welcher eine kleine Taschenaפוthe bei sich führte und wenigstens die nöthigste Hilfe zu leisten vermochte. Diese Unterlassungsstände sollte sich noch weiter recht unangenehm bemerkbar machen, da es im Verlaufe des Tages noch zu recht kriegerischen Szenen kam. Zunächst entbrannte zum Staunen und Entsetzen aller Anwesenden unter den sonderlichen Pfiffen der Kriegervereine-Kapelle aus unbekanntem Ursache ein wüthender Kampf, wobei ein Musiker, auf welchen die übrigen losgedroschen hatten, arg zugerichtet und vom Podium hinabgeworfen wurde. Einige Kriegervereiner und Sanitätskolonnenler erbarmten sich seiner und brachten ihn in den Wirtshaus-Saal. Seine Wunden zu verbinden war allerdings nicht möglich, denn die Sanitätskolonne hatte ja kein Verbandzeug mit. Wer hätte auch so etwas gedacht! Doch die kriegerischen Ereignisse hatten ihr Ende noch nicht erreicht. Im Saale gerieten die barmherzigen Samariter mit einem Jüdischen in Streit, wodurch auch in jenen das Soldatendut in Wallung gerieth. Im wahren Sinne des Wortes wurde dieser „ganz gewöhnliche Jüdisch“ von den vereinigten Kriegervereiner und Sanitätskolonnen in die Flucht „geschlagen“. Damit hatten die kriegerischen Epochen glänzend ihr Ende erreicht und die Gedächtnisfeier des Schlacht-tages konnte fernerhin einen friedlichen Verlauf nehmen.

**Die Gemeinde Brüg** hat sich der von der Gemeinde Tempelhof gefassten Resolution gegen Uebernahme der Octopölizei durch das Polizeipräsidium vollinhaltlich angeschlossen.

**Die Arbeiten an den Tegeler Kanalisationswerken** sind so weit vorgeschritten, daß mit der Aufstellung der Maschinen begonnen werden kann. Zur Anwendung kommt das Rother-Degner'sche Klärverfahren. Die Anlage ist derart gebaut, daß die aus den Tegeler Haushaltungen und Fabriken abfließenden Schmutzwässer zunächst alle zusammenfließen in einem Sammelbrunnen, welcher 5 Meter Tiefe bei 250 Meter Durchmesser besitzt. Von hier werden die Schmutzwässer in das Chemikalien-Gebäude gepumpt, wo ein Zufuß von Kalkmilch, Braunkohle und Säuren erfolgt, worauf dies Gemisch in den großen Klärbrunnen abfließt. Der große Klärbrunnen ist sieben Meter tief, am Boden trichterförmig gestaltet, besteht sieben Meter tiefen Durchmesser und ist nach oben durch Aufsatz eines oben geschlossenen Kessels inhaltlich vergrößert. In diesem Klärbrunnen setzt sich nur die verdichtete und durch die zugeleitete Chemikalien gebundene Schmutzmasse fest ab, während im oberen Theil des Kessels sich ein ganz klares Wasser sammelt. Mittels dreier Schläuche wird der torfähige Schmutzgrund nach dem Maschinenhaus gezogen, um dort gepreßt zu werden. Das Pressprodukt kam als Heizkohle oder als Bausteine in den Handel gelangen. Im großen Klärbrunnen befindet sich außerdem am Boden noch ein Abwehrwerk, um ein frühzeitiges Zusammenbadern und Verdrücken der Masse zu verhindern. Das im Klärbrunnen oben ansiehende klare Wasser wird mittels Heber abgezogen und fließt durch einen geschlängelten Graben und durch drei große Klärteiche. Dies Wasser ist nun so beschaffen, daß es ohne Bedenken dem Tegeler See zugeführt werden kann. Es wird aber von einem Arbeiter der Stadt Berlin Gebrauch gemacht, welche das Wasser unentgeltlich nach ihren Miesefeldern wegbraucht, wodurch selbst der Verdacht einer möglichen Verunreinigung des Tegeler Sees beseitigt ist.

**Nachdem die Frage der Eingemeindung** sämtlicher an Berlin angrenzender Vororte in das Reichsbild der Reichshauptstadt von der Staatsregierung durch die Erhebung Schönebergs zur Stadt vor der Hand abgelehnt und damit auf absehbare Zeit vertagt ist, machen sich jetzt seit einiger Zeit in den westlichen Vororten Bestrebungen geltend, die auf eine völlige Umgestaltung des Kommunalwesens auch der kleineren Orte Friedenau, Wilmerdorf, Schmargendorf und Kolonie Grunewald bezogen auf die Eingemeindung dieser Orte in die beiden großen Nachbarstädte Charlottenburg und Schöneberg abzielen. Die mit der Stadt Schöneberg eingeleiteten zunächst privaten Verhandlungen haben nun ergeben, daß hier die leitenden Stellen der Angliederung Friedenau an Schöneberg sehr geneigt sind, weil der Stadt eine Vergrößerung durch die zur Zeit schon über 8000 Einwohner zählende Nachbargemeinde zum Vortheil gereicht, die Lösung verschiedener kommunaler Aufgaben viel erleichtert würde. Daher ist denn gegen Ende Juni in Friedenau von einer Versammlung der dortigen Haus- und Grundbesitzer mit 68 gegen 14 Stimmen die eventuelle Eingemeindung des Ortes in Schöneberg als wünschenswert erklärt und eine Kommission zur genaueren Prüfung der Sachlage und zur Vorbereitung der nöthigen Schritte eingesetzt worden. Und diese Kommission hat nun eine vertrauliche Versammlung von maßgeblichen Vertretern der fünf Orte Schöneberg, Friedenau, Wilmerdorf, Schmargendorf und Kolonie Grunewald abgehalten, welcher auch der erste Bürgermeister von Schöneberg, Herr Wilde, beigewohnt hat, und in der zunächst über die prinzipielle Frage der Zweckmäßigkeit des Zusammenschließens mehrerer der genannten westlichen Vororte zu größeren Städteverbänden beraten wurde. Die Frage wurde dabei von allen Rednern bejaht. Mit Ausnahme der Vertreter von Schöneberg und Friedenau aber, die einen Zusammenschluß nur ihrer beiden Gemeinden ohne Angliederung weiterer an dieses Kommunalwesen für praktisch hielten, konnte man sich über die Lösung der für die ganzen Vororte Berlins wie nicht minder auch für Verfall selbst so bedeutungsvollen Frage noch nicht einigen, namentlich aber darüber nicht, ob es für die einzelnen Gemeinden Wilmerdorf, Schmargendorf und Kolonie Grunewald besser sein würde, einen eigenen, neuen Städteverband zu bilden oder sich von Charlottenburg einverleiben zu lassen. Der mit dieser Beratung beschlossene Weg zur Neugestaltung des Kommunalwesens der genannten Vororte soll nunmehr aber weiterverfolgt werden, und es dürfte daher die Zeit nicht mehr fern sein, in der Verfall im Westen und Süden (Niedorf) von großen Stadtkreisen eingeschlossen sein wird.

**Der Stralauer Fischzug** wird sich auch diesmal von den letzten vier Jahren nicht unterscheiden. Die gegenseitigen Nachrichten waren falsch und sind wohl nur auf Neugierde der Gastwirthe zurückzuführen. Der Amtsvorsteher Kraut hat am Amtshause strahenwärts den folgenden Anschlag ausgehängt: „Da eine Festschiff entgegen den Nachrichten verschiedener Zeitungen in diesem Jahre nicht zur Errichtung gelangt, können auch Genehmigungen zum Aufstellen von Ruden nicht erteilt werden. Auch ist der Raum zum Aufstellen der Ruden in Lokalen besetzt, sodaß auch dort keine Genehmigungen erteilt werden können.“ Ein von dem sonstigen verschiedenes Aussehen hat Stralau am gestrigen Sonntag nur dadurch, daß der Betrieb im Handelsgewerbe bis 7 Uhr abends freigegeben war. Es bleibt also von der grobartig angekündigten Feste nur der „Tingeltangel“ übrig, den alle Gastwirthe in ihren besagten und befränzten Wirtschaften betreiben. Das sehr zahlreich dem nicht vorbandenen Festplatz zugeströmte Publikum war über die Enttäuschung nicht erfreut.

**Der Witt** hatte vor einiger Zeit bekanntlich in der Nähe des Charlottenburger Schloßhause eine Gruppe von drei polnischen Arbeitern getroffen. Einer derselben war auf der Stelle todt. Jetzt hat der Unglücksfall ein weiteres Opfer gefordert. An den Folgen des Schlags ist nunmehr auch der Maurer Josef Pawlak gestorben. Pawlak, der aus Borek in Polen stammt, hatte bis vor wenigen Tagen noch gearbeitet. Am Mittwoch mußte er jedoch die Arbeit wegen heftiger Brustschmerzen aufgeben. Als die Schmerzen sich steigerten, wurde ein Arzt gerufen. Der Verunglückte verschied jedoch ehe die ärztliche Hilfe zur Stelle war. Er hinterläßt eine Frau und sieben Kinder. Auch der dritte der von jenem Witt getroffenen Arbeiter namens Albert Paluskiel, welcher ebenfalls aus Polen stammt, hat noch unter den Folgen schwer zu leiden. Er klagt über Schmerzen in der linken Seite und ist bis jetzt noch nicht im Stande, die Arbeit wieder aufzunehmen.

### Geriichts-Beitung.

**Ein moderner Dr. Eisenbart** stand gestern in der Person des Stellmachers Heinrich Pohlant vor der 187. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte befaßt sich seiner Angabe nach mit der Heilung von schwerkranken Personen, die von den Kerkern auf-

gegeben sind. Er will durch seine Sympathiemittel wunderbare Erfolge erzielt haben, außerdem wendet er die Massage und als einziges Arzneimittel Kalksalz an, die er gegen alle erkrankten äußerlichen und innerlichen Leiden verordnet. Jetzt kommen aber zwei Fälle zur Erwähnung, in denen Pohlant sich nicht mit Ruhm bedeckt hat. Eine betagte Tischlerochsefrau lag seit fünf Jahren an Kervenlähmung darnieder. Der Angeklagte hörte davon und bot den Angehörigen der Kranken seine Hilfe an. „Die lerne ich in einer Woche wieder gehen, so wahr mein Name Pohlant ist“ meinte er, bevor er die Kranke noch gesehen hatte. Welcher Art die „Sympathiemittel“ waren, die er angewendet hatte, verrieth der Angeklagte auch im Termine nicht, er behauptete, daß sie zugleich mit dem Streichen des Patienten zusammenhängen. Eines verstand er und das war das „Schöpfen“. Das flüssige Kalksalz ließ er sich weit über den Verfall bezahlen und seine Neßgebühren mußten ihm jedesmal erstattet werden. Als er einmal gefragt wurde, warum er sich zwei Wochen lang nicht habe sehen lassen, erklärte der Angeklagte, daß durch sein Massiren ein Theil des Krankheitsstoffes aus dem Körper der Patienten in den seinen übergebe und er dann Zeit haben müsse, diese Stoffe wieder auszuscheiden. Dem Gemann der Kranken kam dies höchst sonderbar vor und deshalb glaubte er es. Natürlich hat der Angeklagte keine Spur von Besserung erzielt. Im zweiten Falle hatte der Angeklagte sich anheißig gemacht, eine an Augenkrebs leidende Frau innerhalb kurzer Frist zu heilen. Seine Sympathiemittel und Kalksalz ließen ihn wieder im Stich. Da der Angeklagte nur geringe Beträge erhalten, auch den Kranken keinen Schaden zugefügt, schließlich auch die Leichtgläubigkeit der behandelten Personen im den Betrag leicht gemacht hatte, so beurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe von 40 M.

**Unter der Auflage der fahrlässigen Körperverletzung** stand gestern der Krankenwärter Ernst Fehrmann vor der ersten Kerkern-Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war in einer Privatambulanz in der Marienstr. beschäftigt. Hier wurde eines Tages an einer Patientin eine Operation vorgenommen. Fehrmann erhielt den Auftrag, das Bett, in welches die Kranke nach der Operation gelegt werden sollte, mit einer Wärmflasche zu versehen. Das hierzu verwendete Wasser war zu heiß, denn die noch bewußtlose Kranke erlitt an den Hüften Brandwunden. Der Gerichtshof war mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt Somenfeld, der Ansicht, daß nicht den Angeklagten die Verantwortung treffe, sondern diejenige Person, welche mit der Wartung der Kranken beauftragt war. Der Angeklagte mußte deshalb freigesprochen werden.

**Der Umgang mit dem Bivil** muß dem Hauptmann a. D. Panzer in Schöneberg noch etwas ungeläufig sein, wie eine Klage wegen Körperverletzung schließen ließ, welche gestern vor dem Schöffengericht am Amtsgericht II verhandelt wurde. Der Angeklagte wohnte bei einer Frau Pollad, die eine Auhin des Schuhmachereislers Krause war. Sie hatte bei letzterem ein Paar Stiefel bestellt, da sie aber an Zuschneiden laborirt, machte sie zur Bedingung, daß die Stiefeln recht weit und vollkommen sein müßten. Auf den Einwand des Schuhmachers, daß die Stiefeln schwerlich passen würden, wenn er über das genommene Maß hinausginge, erklärte die Vestellerin, das schade nichts, in diesen Falle werde sie die Stiefeln an einer andern Stelle verlaufen. Die gegebene Versicherung trat ein. Groß genug waren die Stiefeln, aber sie paßten nicht, doch nahm Frau Pollad dieselben der Abrede gemäß ab. Wenige Tage darauf, am 4. März d. J., erschien der Herr Hauptmann a. D. im Laden des Schuhmachers und verlangte ohne weiteres Zurücknahme der Stiefeln. Die 17-jährige Tochter des Meisters rief ihren Vater herbei, der den Laden mit den Worten betrat: „Ich habe wohl die Ehre, Herrn Pollad zu sprechen? (Er kannte nämlich weder den Herrn Hauptmann, noch die Verhältnisse der Frau Pollad.) — Das geht Sie gar nichts an!“ antwortete der Hauptmann mit mehr als kräftigem Tone. — „Dann muß ich Sie bitten, mein Geschäftslokal zu verlassen!“ setzte der Meister das Geschrei fort und als der Herr Hauptmann nicht ging, wollte er denselben hinausführen, doch erhielt er sofort einen schweren Schlag mit dem Spazierstock des Herrn Hauptmann über den Kopf und als er nun auf die Straße lief, um einen Schuhmann herbeizuholen, da erhielt er noch einen zweiten Schlag, so daß ihm das Blut über das Gesicht strömte. Der Verletzte stellte Strafantrag, trat dem Verursacher als Nebenkläger bei und beanspruchte — da er sieben Tage das Bett hüten mußte — 200 M. Ruhe. In der Beweis-Aufnahme wurde zwar die Behauptung des Angeklagten, er sei zuerst geschlagen oder gestochen worden, strikte widerlegt, das Schöffengericht nahm aber doch an, der Herr Hauptmann könne wenigstens in dem Glauben gewesen sein, daß er geschlagen oder gestochen sein könne, vielleicht sei er auch nur an eine Thürschwelle gestoßen, immerhin könne er dies geglaubt haben, es wurde daher nur auf eine Geldstrafe von 150 M. und auf 50 M. Ruhe erkannt. — Der Verletzte meldete sofort Verurteilung an, da, wie er erklärte, die Ruhe in seinem Verhältnisse zu seinem materiellen Verluste stehe. — Es ist wohl anzunehmen, daß eine harte Einbildungskraft bei dem Herrn Hauptmann vorhanden ist. Wir möchten aber doch bezweifeln, daß sie bei den Angeklagten so stark ausgebildet ist, um das richtige Empfinden für Schläge zu verlieren. Der weisen Erkenntnis eines hohen Gerichtshofes wagen wir aber nicht zu widersprechen, fernermal aus dem Einbrud, den der Herr Hauptmann machte, wohl die Schlussfolgerung begründet sein konnte.

### Versammlungen.

**Die Steinarbeiter Berlins** hielten am 17. August im Englischen Garten eine sehr mäßig besuchte öffentliche Kombirte Versammlung ab. Der Vertrauensmann der Marmorarbeiter Sektion II berichtete, daß sich bei der verschiedenen Beitrags-erhebung in der I. und II. Sektion Mißstände herausgebildet, welche absolut nicht dazu beitragen, die Einzelt in den Reihen der Steinarbeiter zu beschleunigen. Es müsse die heute gemeinschaftlich aus beiden Gruppen zusammengesetzte Versammlung sich dahin einigen, daß die Mißlichkeiten unbedingt verschwinden. Ein eingereicherter Antrag in Sektion I, die Beiträge prozentual zu erheben, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag, einen einheitlichen Wochenbeitrag von 40 Pf. zu erheben, angenommen. Vom Obmann der Krankenkassen-Kommission ward berichtet, daß nach einem Schreiben des Berliner Magistrats dem Ansuchen auf Herausgabe des bei den Junungsmeistern infolge der Auflösung der Junung beschlagnahmten Fonds für Kranken-Unterstützung im Betrage von 4000 M. nicht stattgegeben wird. Hierauf wurde beschlossene, alle diejenigen Steinmeyer, welche Beiträge an den Unterstützungs-fonds entrichtet haben und nach dem 23. Oktober vorigen Jahres krank geworden sind, trotzdem aber aus dieser Kasse keine Unterstützung erhalten haben, aufzufordern, sich bei dem Vertrauensmann A. Kleinert, Schöneberg, Sedanstr. 11/12, zu melden, damit unter Gewährung von Rechtschutz der Klageweg beschritten werden könne. Gegenüber der Erhebung der Gewerbedeputation über die Lohnverhältnisse, wonach u. a. den Steinmeyer ein Durchschnitts-Jahresverdienst von 1025 M. angedichtet wird, konstatiert die Versammlung, daß der Verdienst im Jahre 1897 nicht 1250 M. überschritten hat. Es liege daher hier sehr nahe, daß die Arbeitgeber bei der Ausfüllung der vom Berliner Statistischen Amt versendeten Fragebogen lediglich den Verdienst der bezugten, besseren und stärkeren Arbeiter angegeben haben, während der schwächere Arbeiter dabei keine Berücksichtigung fand, auch wäre die Statistik zuverlässiger, wenn man die Arbeitslosigkeit, Krankheit und die Todesfälle in dem betreffenden Beruf mit angeführt hätte. Eine aus der Mitte der Versammlung eingereichte Resolution wird angenommen und beschlossene, diese Festsstellung dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, dem „Vorwärts“, dem „Steinarbeiter“, sowie den sozialdemokratischen Gemeindevertretern Berlins unter Befügung einer noch in Druck zu gehenden Statistik zur Kenntnissnahme bezw. Veröffentlichung einzufenden. Unterstützungs-gesuche mehrerer kranker Kollegen wurden berücksichtigt und die übliche Unterstützung gewährt. Als Kandidat zum Gewerbedeputierten wurde Kollege A. Kleinert von der Versammlung vorgeschlagen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll. Schriftliche Antworten werden nicht ertheilt.

Die juristische Verantwortlichkeit findet bis zum Ablauf der Gerichtsferien Dienstag und Donnerstag von 7 bis 8 Uhr abends statt.

G. S. 3000. Leider wissen wir Ihnen keinen Rath. D. S. 32. Seit 1889 hat kein internationaler Kongress in Frankreich stattgefunden. Sie meinen den nationalen Kongress in Lille, bei dem Singer, Viehweg und Fischer amiesend waren.

W. S. Sie irren sich, wir betrachten Ihre Aufschrift als keinen dummeren Wunsch. Einige Ihrer Beobachtungen sind vollkommen richtig, während die bei Beurtheilung der Vertheilung der Arbeit die falsche Schlussfolgerungen ziehen. Das es in jeder Bewegung Leute gibt, die nicht als Arbeiter dienen können und den Neuling eher abstoßen dürften, ist eine allbekannte Thatsache, auch unsere Partei ist davon nicht frei. Beunruhigen Sie sich nur mit unseren Befürchtungen mehr und Sie werden bald sehen, daß Sie in Ihrem Tadel der Gewohnheiten und alten Verfassungen der Arbeiter in unexakter Partei sehr viel Wiederholtes finden.

H. S. Sie können Ersatz Ihrer Ausgaben beantragen. Nehmen Sie sich einen Anwalt.

W. S. Gegen die rechtskräftige Entscheidung des Reichs-Versicherungsamts läßt sich leider nichts machen. - Mehr Licht. Ihr Kollege hat recht. Sie unrecht. Nur in dem Fall, daß der Arbeiter unbefristet die Arbeit verliert, hat, darf der Arbeitgeber ohne Nachweis eines Schadens Schadenersatz beanspruchen, sonst hat er den Nachweis des Schadens zu führen. - G. S. 32. Ja: der Wirth ist im Recht. - W. S. Die das Bäckereiwesen recht behandelnden Paragraphen der

Gefährde-Ordnung vom 8. November 1810 sind folgende: Größtlich Befolgen §§ 76 bis 78: Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gefährde mit Erprobung und Bescheidenheit annehmen. Reizt das Gefährde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Verurtheilung fordern. Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Verurtheilung, daß sie die Ehre des Gefährdes dadurch habe kränken wollen. Ferner giebt die Gefährde-Ordnung dem Gefährden noch nicht das Recht, wegen Traktirens mit Befehlungen und Befehlen den Dienst zu verlassen. Die altpreussische Gefährde-Ordnung giebt vielmehr prägnanten Bestimmungen gegenüber nur dann dem Gefährden das Recht, ohne Kündigung aus dem Dienst zu treten, wenn es durch die Verurtheilung in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit verurtheilt worden oder wenn die Herrschaft das Gefährde auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte - harte Behandlung setzt also unser Gesetzgeber voraus - behandelt hat. Darüber, ob eine das Leben oder die Gesundheit gefährdende oder ungewöhnlich harte Behandlung vorliegt, entscheidet in letzter Instanz nur drei gelehrte Richter, nicht Laienrichter. Das Empfinden dieser Richter läßt sich nie voraussetzen. Der Minister Suarez behauptete, als es gegen die Bestimmung eines unbedingten Bäckereiwesens, daß die das wackigen Junker verlangen, sich wende: Die Richter werden sich ohne ein solches doch meist auf die Seite der Herrschaft stellen. Darin hat er recht gehabt. Vor uns liegt ein Erkenntniß eines schlesischen Landgerichts, in dem angeführt wird, ein Dienstmädchen habe keinen Grund zur Entlassung gehabt, obwohl es so geschlagen wurde, daß es keinen am Kopfe und wochenlange Kopfschmerzen davongetragen habe, und obwohl es vom Herrn auch mit einem Topfgeschloß verurtheilt wurde. Wenn das Dienstmädchen in ähnlicher Weise eine Herrschaft behandelt, dann, ja dann ist es etwas anderes: wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe! - spottete Terenz, und behauptete der jetzige preussische Justizminister. Die Gefährde-Ordnung giebt ihm recht. Rechtliches Bäckereiwesen, auch dies bedingte, soll erst vom 1. Januar 1900 ab schwinden. Der

ausdrückliche Wegfall dieses Bäckereiwesens ist auf Anträge der Sozialdemokraten und Ultramontanen zurückzuführen. Die Konserbation wollten das Bäckereiwesen beibehalten wissen, freilich ihren "Bekannt" von den Brügeln nicht abgeben. Die Erörterung, ob eine richtige Auslegung der Befehle nicht schon heute zu dem Ergebnis gelangt, daß diese Befehlsbestimmungen außer Kraft sind, ist gegenüber der entgegenstehenden Ansicht der Gerichte nichtig.

Briefkasten der Expedition.

D. S. 36. Inserat kostet 2,40 M.

Witterungsüberblick vom 22. August 1898, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. August 1898. Warm, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania

Taubenstr. 48/49. Täglich: Vom Matherhorn z. Jungfrau. Invalidenstr. 57/62: Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Théâtre-Variété. Ohne Extra-Entrée. Fahrt auf dem Golf von Neapel. Fahrt durch Konstantinopel. Neu! Alpenglühern.

Castan's Panopticum.

Major Graf Neu!! Walsin-Esterhazy. Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Apollo-Theater.

Auftreten des beliebtesten Komiker-Trifolium Bender-Steidl-Blum, sowie der Soubretten Milani-Goltz-Tornay, ferner das ganze Personal des August-Programms. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. Donnerstag, den 1. September 1898: Eröffnung der Wintersaison. Phänomenales Programm.

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). Garten resp. Saal. Täglich bis Sonntag, 11. September: Stettiner Sänger

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16. Täglich: Stadt und Land. Feste mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von F. Kaiser. Vorher: Ein Juchz im Landensdlog. Schwank in 1 Akt von J. Köpcke. Auftreten von Spezialitäten. Im Saal: Grosser Ball.

Vaudeville-Theater

Schönhauser Allee 148. Berliner auf Kuba. Parodie in 2 Bildern v. Victor-Hoeder. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Konz. 4 1/2 u. Vorh. 5 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf. Die Direction: Ferd. Lehmann.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Carl Hagenbeck's INDIEN

Schaustellungen in der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig. Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert. Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Max Klien's Sommer-Theater.

Gartenstraße 14/15. - Retischer Vetter: Paul Milbits. Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Monsieur Boisset mit seinen dreifachen Hund und Affen. Mlle. Ernst, Kithlein, Miss Ophelia's dreifache Kaktus. Pepi und Peplio. The Picard's. Neu! Das Gänsegretel, Bolshoi in 2 Bildern von S. S. - Neu! Wenn Frauen weinen, Kaktuspiel. Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Concert. In den Sälen: Grosser Ball. Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr. Max Klien.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz, Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: Hermann Scholze 50668. empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Im unteren Saal täglich: Frei-Konzert. Am Königs-Thor, Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Im grossen Saale: Damentanz und Ball. Jeden Abend: Die Frauen-Garde. Gr. Anstaltungs-Burleske mit Gesang und Tanz. Den Vereinen empfehlen wir für die Wintersaison unsere renovirten, 300 bis 800 Personen fassenden Säle zu ihren Privatfestlichkeiten. Geben Sie nur den vorzüglich schmeckenden preisgekrönten dänischen Kantabak aus der größten Tabakfabrik Dänemarks C. W. Obel, Kopenhagen und Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8. Telefon-Nr. VII 3861. 54049

Action-Brauerei Friedrichshain

Am Königsthor (früher Lips) Am Königsthor. Am 23., 24. und 25. August d. J.: Grosses Konzert der Banda municipale di Alanno aus den Abruzzen in Uniform. Dirigent: Maestro Lorenzo Pupilla. Anfang 7 Uhr. 57901. Entree 30 Pf. Sperrsitz 50 Pf.

Reichshallen-Garten-Theater.

Leipzigerstr. 77. 20 erstklassige Spezialitäten. The Trappell-Family! The 9 Terpedoes. Clara Antea. Amelie Bland. Mlle. Giorant. Ferner die meist belächelte Burleske: Berlin auf Stelzen! mit Willy Agoston, Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorher von 7 Uhr ab: Garten-Konzert. Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im Theatersaal. 6556

Wedding-Park Müller-Strasse 178.

Norddeutsche Sänger Blegler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 20 Pf. Vorzugsbillets 15 Pf. Jeden Dienstag: Jeden Sonntag.

Ostbahn-Park.

Am Köpenicker Platz. Direction: H. Imbs. Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saal statt. Meine neuerbauten Festsäle stehen Vereinen zur Verfügung.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Letzte Saison vor dem Abbruch. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Adalgisa. Kralgisa Adolf Hoffmann. Schwedenberger. Anfang: Sonntag 7, Wochent. 8 Uhr.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbusserstr. 4a. Inh. H. Pierry. Täglich: Gr. Vorstellung im herrlichen Theatergarten. Auf vielfältiges Verlangen: Heinrich Heine. Vuffspiel in 3 Akten. Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr. Anfang des Konzerts 6 Uhr. Passe-partouts gelten.

Wegen Räumung.

Gardinen Stores, crème und weiss, fabelhaft billig. Gardinen-Lager. J. Adler, Teppichhaus Spandauerstrasse 30, gegenüber dem Rathhause.

Fahrräder.

Stets großes Lager erhaltl. Fabrikate auf 50702

Theilzahlung

ohne Preisermäßigung zu den konstanten Zahlungsbedingungen. Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.

Adomelt & Landau,

Lothringerstrasse 48 I, direkt am Rosenhäger Thor.

Sophastoffe

aus alle Stoffe in Rip, Damast, Crepe, Plüsch, Gobelin und alle Sorten. (40712) Proben franko! in allen Qualitäten zu haben. Berlin S., Oranienstr. Nr. 158. 6556

Ehreneklärung.

Die gegen Frau Gerath, Wlenerstr. 57a, ausgesprochene grobe Beleidigung erkläre ich hiermit als unwahr und erkläre dieselbe als eine hochachtbare anhängige Frau. 5135 Paul Siebert. Die beleidigende Aeußerung, die ich gegen die Gebrauche Frau Lindgreen ausgesprochen haben soll, beruht auf Unwahrheit. Ich erkläre, daß Frau Lindgreen in dem Verbindungsfall über ihre Pflicht gehen hat. 5585 Gertrud Gurliitt.

300 Mk. Belohnung

erhält der ehrliche Finder eines Vortermoinoids mit ca. 1235 Mk. Inhalt, welches am Sonntag 6 1/2 Uhr Vormittag in Banusse von unbedeutendem und ersparnissthemmigen Charakter verloren wurde. 5599 Nummer des Taufendmarktheines ist nicht. Dagegen Belohnung gegen Rückgabe sofort bei R. Sanghvi im Cigarren-Gesch. v. Nemert, Unter d. Linden 54, abzugeben.

Werkzeug-Auktion.

Heute, den 23. August, nachm. 3 Uhr, findet die bereits am Sonntag den 21., näher bezeichnete Versteigerung der 5526 Bohrmaschinen, Lochstanzen, Gewinde-Schneidemaschine, Ambos, 9 Schraubstöcke, Richtplatten und der vielen anderen Schlosser-Werkzeuge. Verammlung im Restaurant Bülowstrasse 58. C. A. Hilbrich, und Tagator, Holzmarktstr. 66. Auktionator

4 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.

Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 5, Langstr. 26, Kastenstr. 28, Kautzstr. 2.

Möbel auf Theilzahlung

J. Kellermann, Neue Jakobsstr. 26.

Arbeitsanzüge

W. Fahr Brunnenstr. 112.

Sophastoff-Reste

in Rip, Damast, Gobelin u. Plüsch, zu bezügelnd, vorräthige Qualitäten, zu kostbilligen Preisen zum Ausverkauf gestellt. Muster franko. Berlin S., Oranienstr. 48.

Sommerproffen

sicher und in kurz Zeit zu entfernen. R. 2, 50.

Gesichtspickel, Misse, Hautröthe, Jucken und Haut zu besitzigen R. 2, - Franko gegen Briefur oder Nachn. Garantie für Erfolg und Unschädlichkeit. Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt d. 47441. Reichel, Spezial, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Dr. med. Schaper,

krank. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut, Gorn, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schöneberger Ufer 25.

Homöopath. Poliklinik:

Montag, Mittwoch, Sonntag. Ad. 7-8. Große Hamburgerstr. 20 I.

Wahlentwurf S. a. d. Ober-

baumstraße, 5 Bild. von Station Warschauerstrasse, Sub u. I. Oktober fest. Hofwohnungen v. 1 u. 2 Stuben nebst allem Zubehö v. 72-94 Thaler zu vermieten. 64832

Räder daseibst beim Verwalter.

Wahl. Schloßstr. 1 oder 2 Oerren, Bergmannstr. 26, 8. Pf. Kofkante.

Einseit. Zimmer, leer od. möblirt, billig. Wwe. Dein, Köpenicker Ufer 24 2 Tr. a. d. Oranienstrasse. 6549

